

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Leopold Labedz
Das Ende der Nachkriegszeit

Raymond Aron
Über den Polyzentrismus

Zbigniew K. Brzezinski
Amerikas globales Engagement

B 9/66

2. März 1966

Leopold Labedz, Mitherausgeber der Londoner Vierteljahrszeitschrift „Survey“. Veröffentlichung u. a.: The Revisionism — Essays on the History of Marxism, London 1962 (deutsch: Der Revisionismus, Köln 1965).

Raymond Aron, Professor für Soziologie an der Sorbonne und Journalist; geb. 14. März 1905 in Paris. Veröffentlichungen u. a.: Introduction à la philosophie de l'histoire; La sociologie allemande contemporaine (deutsch: Deutsche Soziologie der Gegenwart, Stuttgart 1953); Les guerres en chaîne, 1951 (deutsch: Der permanente Krieg, Frankfurt 1953); Espoir et peur du siècle, 1957; L'opium des intellectuelles (deutsch: Opium für Intellektuelle, Köln 1957); Frankreich in der modernen Welt, Ebenhausen 1960; Paix et guerres entre les nations, 1962 (deutsch: Frieden und Krieg, Frankfurt 1962); Le grand débat, Paris 1963 (deutsch: Einführung in die Atomstrategie — Die atlantische Kontroverse, Köln 1964); Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt 1964.

Zbigniew K. Brzezinski, Direktor des Research Institute on Communist Affairs und Professor für Public Law and Government der Columbia-Universität; geb. 28. März 1928 in Warschau. Veröffentlichungen u. a.: The Soviet Bloc — Unity and Conflict, Cambridge, Mass. 1960 (deutsch: Der Sowjetblock — Einheit und Konflikt, Köln 1962), Ideology and Power in Soviet Politics; Africa and the Communist World, Cambridge, Mass. 1964; Political Power USA — USSR, New York 1964 (deutsch: Washington — Moskau, Köln 1966).

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum
Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das Ende der Nachkriegszeit

Die Londoner Vierteljahresschrift „Survey“ hat ihr Januarheft dem Thema „Außenpolitik in einer polyzentrischen Welt“ gewidmet. Sie hofft damit einen Beitrag zu leisten zu einer Bestandsaufnahme und zu der Diskussion innerhalb des Westens über eine neue Orientierung, die angesichts einer sich ändernden Welt notwendig wird. In zwei Dutzend Artikeln äußern sich erstrangige Autoren zu den drei großen Fragenkreisen „Die heraufziehende neue Wirklichkeit“, „Die Einigung Europas“ und „Der Kalte Krieg im Rückblick“. Mit der freundlichen Genehmigung der Herausgeber drucken wir in dieser Ausgabe den einleitenden Artikel von Leopold Labedz sowie zwei Beiträge aus dem ersten Teil ab. In einer der nächsten Ausgaben folgen drei weitere Artikel.

Der zwanzigste Jahrestag der Beendigung des Ersten Weltkrieges wurde in Europa mit melancholischen Gefühlen begangen. Es war kurz nach dem Münchner Abkommen. Im Grunde ihres Herzens glaubten wenige Menschen an „Frieden in unserer Zeit“. Die Hoffnung der Kriegsgeneration — „The war to end all wars“ — und die Hoffnung der Nachkriegsgeneration — „Nie wieder Krieg“ — waren längst zerstoßen und nur noch groteske Erinnerungen, während die Drohung des Hitlerkrieges immer dunkler heraufzog. Im historischen Stakkato der Schlagzeilen — Rheinlandbesetzung, Anschluß, Sudetenland — wuchs die Angst. Im Osten hatte das 19. Jahrhundert mit dem Krieg, der russischen Revolution und dem Untergang dreier Kaiserreiche geendet. Im Westen war es ebenfalls zu Ende gegangen, aber Heimweh und geistige Trägheit nährten Illusionen und hinderten die Menschen, die Gefahren zu erkennen, die der neuen Wirklichkeit innewohnten. Mehr als üblich täuschten Politiker sich selbst und die Öffentlichkeit, bereiteten Generäle den vorigen Krieg vor und pfuschten Intellektuelle verständnislos in der Politik herum. Amerika war entdeckt, noch nicht aber die Dritte Welt.

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sieht die Lage ganz anders aus als zwanzig Jahre nach dem des Ersten. Die Politik ist nicht mehr „eurozentrisch“; das 19. Jahrhundert ist weiter in die Vergangenheit gerückt; um die Stabilität der Weltordnung steht es nicht zum besten, da sie von der Selbstbeschränkung der Nationalstaaten abhängt, aber die Nachkriegsbefürchtungen wegen eines Atomkrieges sind nicht größer geworden; in der Dritten Welt schwinden die

in Bandung erweckten Illusionen; und was entdeckt wird, ist Europa. Diesmal bereiten sich die Generäle nicht auf den vorigen Krieg vor, sondern auf den übernächsten (weil der nächste nicht stattfinden darf), und Politiker und Intellektuelle sind etwas nüchterner — die Öffentlichkeit ebenfalls.

In einer Hinsicht ist der Unterschied zwischen den beiden Daten besonders groß: Die eigentliche Nachkriegszeit, das heißt die Periode, in der die gesamte politische Situation von den unmittelbaren Folgen des Krieges bestimmt

INHALT

Leopold Labedz:	
Das Ende der Nachkriegszeit	S. 3
Raymond Aron:	
Über den Polyzentrismus	S. 9
Zbigniew K. Brzezinski:	
Amerikas globales Engagement	S. 16

wurde, war nach 1918 kurz, nach 1945 bedeutend länger. Erst jetzt kann man in der allgemeinen politischen Lage wie auch im Zeitgeist Elemente entdecken, die anzeigen, daß wir die Nachkriegssituation hinter uns lassen (ohne aber in eine Vorkriegssituation einzutreten). Zwanzig Jahre oder fast zwanzig Jahre lang sahen die Realitäten des Kalten Krieges im Grunde genau so aus wie in dem Augenblick, wo sie einer Welt zum Bewußtsein kamen, die einträchtige Zusammenarbeit der Alliierten nach dem Kriege erwartet hatte und statt dessen sowjetische Expansion, Kriegsdrohungen und Friedensoffensiven bekam.

Jetzt treten neue Faktoren hervor und werden weithin als solche anerkannt (Polyzentrismus, multilaterales Gleichgewicht der Macht usw.), aber über ihre Bedeutung ist man sich nicht einig und Interpretationen werden — wie zu erwarten — im Überfluß angeboten. Die „Tauben“¹⁾ meinen, alte Mythen verhinderten das Erkennen neuer Realitäten; die „Falken“¹⁾ sagen, neue Mythen erzeugten neue Illusionen über fortbestehende alte Probleme. Nationale Eigenwilligkeiten spielen eine größere Rolle als bisher. Ohne eine größere gemeinsame Perspektive, wie falsch sie auch sein möge, ist eine Politik auf lange Sicht nicht möglich, aber im Westen besteht keine Einigkeit mehr darüber, was diese Perspektive ist oder sein sollte. Nach dem Krieg ergab sich eine solche Perspektive; sie wurde mit dem Wort „Eindämmung“ bezeichnet. Es geht hier nicht darum, ob es eine richtige oder falsche Perspektive war. Tatsache ist, daß sie der westlichen Politik Einheit und Zusammenhalt gab, mochten auch die NATO-Partner bei der Einschätzung bestimmter Ereignisse und bei der Anwendung der allgemeinen Perspektive auf konkrete Fälle hin und wieder verschiedener Meinung sein.

Der Begriff „Eindämmung“ kam auf, als die im Krieg gehegten Illusionen nicht mehr aufrechtzuerhalten waren. Auf populärer Ebene gründeten diese Illusionen in der Hoffnung auf eine „schöne neue Welt“, in der die Großen Drei zum Wohl der Menschheit zusammenarbeiten würden. Auf höherer, intellektueller Ebene wurzelten sie in der Idee vom Konzert der Großmächte, von der Aufteilung der Welt in Einflußsphären. In den damaligen Diskussionen wurde oft der Wiener Kongreß als Vorbild für die Einrichtung einer friedlichen Welt angeführt und viele erhofften sich eine stabile neue Heilige Allianz. In Teheran, Jalta und Potsdam nahm die Nachkriegswelt Gestalt an, aber die Hoffnungen auf politische Stabilität erfüllten sich nicht. Erstaunlich war, wie wenige Menschen die

Situation und die Nachkriegsperspektiven klar erfaßten, obwohl sie für jeden zutage lagen, der eine elementare Kenntnis der schon lange wirkenden bestimmenden Faktoren besaß. Mr. Kennans „Eindämmung“ erschien auf dem Plan, als es keine amerikanische Außenpolitik gab, die diesen Namen verdiente. Sie lieferte die nötige Perspektive und damit die Voraussetzung für eine gewisse politische Konsequenz, einen Bezugsrahmen für die laufenden politischen Entscheidungen.

Die Annahme, daß die Außenpolitik immer der militärischen Stärke entspreche, ist ein Mißverständnis. Nach Kriegsende, als die Vereinigten Staaten im Vergleich mit der UdSSR militärisch am stärksten waren, hatten sie keine Außenpolitik und rüsteten einseitig ab. Danach gingen sie zur „Eindämmung“ über, und nachdem sie ihr Atommonopol verloren hatten, bekannten sie sich eine Zeitlang zur Parole von der „Befreiung“. Wenn diese Abfolge unsinnig erscheint, so sollte man sich doch erinnern, daß die „Eindämmung“ in den zwei Nachkriegsjahrzehnten wirklich funktioniert hat. Zu einer Zeit, da die amerikanische Politik nach globalem Gleichgewicht streben mußte, lieferte sie im Weltmaßstab das Äquivalent des britischen Prinzips vom europäischen Gleichgewicht der Mächte. Diese Politik war ihrem Wesen nach defensiv und nur deshalb erfolgreich, weil infolge des atomaren Patts die Positionen im Mächtegleichgewicht zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Seite erstarrt waren. Dank dieser Lage war die in Jalta vereinbarte Nachkriegsordnung Europas stabiler als die vom Versailler Vertrag festgelegte nach dem Ersten Weltkrieg. Die Wahrheit des französischen Sprichworts *Rien ne dure que le provisoire* (Nichts ist dauerhafter als das Provisorium) hatte sich erneut erwiesen. Aber die Stabilität war nicht politischer Natur; sie gründete sich auf ein militärisches Gleichgewicht der Abschreckungsmittel (das „Gleichgewicht der Ungleichgewichte“ war noch nicht erfunden).

Auf der Suche nach einer neuen gemeinsamen Perspektive

Inzwischen untergruben die Kräfte des Wandels nach und nach den Boden, auf dem sich der Kalte Krieg abspielte. Die Entkolonisie-

rung, die Gesundung Westeuropas und Japans, die „Entsatellitisierung“ Osteuropas und der Aufstieg Chinas waren wesentliche Elemente, die der neuen Nachkriegssituation das Gesicht gaben. Die Bezeichnung dieses Zustandes als „Polyzentrismus“ ist jetzt allgemein akzeptiert. Aber wie stets, wenn ein Begriff zum Klischee geworden ist, wird er

¹⁾ In Amerika gebräuchliche vereinfachende Formeln für die Anhänger einer zurückhaltenden und eher verständigungsbereiten („Tauben“) und einer entschlossenen, „härteren“ („Falken“) Politik (Anm. d. Red.)

durch seine bloße ständige Wiederholung nicht verständlicher. Man muß schon etwas tiefer graben und untersuchen, welches die möglichen und wahrscheinlichen Folgen für die innere Entwicklung der kommunistischen Länder und für die internationalen Beziehungen allgemein sein werden. Das Verständnis dieser Prozesse ist natürlich entscheidend für jede politische Planung auf längere Sicht. Aber während das Phänomen selbst geistig erfaßt worden ist, sind die damit zusammenhängenden spezifischen Probleme bisher nicht genügend erörtert worden, außer in dem engen Rahmen neo-traditioneller nationaler Politik. Der Polyzentrismus im Westen hat die NATO-Bindungen gelockert, als sich das Gefühl der Bedrohung durch den Sowjetblock minderte, und hat das nationale Element in der Außenpolitik der Bündnismitglieder in unterschiedlichem Maße verstärkt. Trotzdem machen diese Länder zusammen immer noch das aus, was man ungenau, aber zweckdienlich „den Westen“ nennt. Ebenso wenig haben der Polyzentrismus im Osten und der chinesisch-sowjetische Konflikt den kommunistischen Charakter der betreffenden Staaten geändert, mögen sie auch bedeutende innere Veränderungen durchgemacht haben. Immerhin, eine neue Situation ist da, und damit erheben sich einige Fragen, die nicht nur für einzelne Länder, sondern für den Westen überhaupt bedeutsam sind, insbesondere aber für die amerikanische Politik, die für absehbare Zeit noch immer der Eckpfeiler jeder vorstellbaren westlichen Politik ist. Auf die alten wie auf die neuen Fragen werden mehr und mehr auseinandergelungene Antworten gegeben. Es besteht nicht mehr grundsätzliche Übereinstimmung über die Zukunfts-

perspektiven, geschweige denn Einstimmigkeit. Ist die Politik der Eindämmung vereinbar mit der Notwendigkeit, die strategischen Prioritäten dem chinesisch-sowjetischen Konflikt anzupassen? Steuern wir vielleicht nicht bloß auf eine Lockerung der Bündnisse zu, sondern auf ihre Umkehrung? Werden wir erleben, daß sich verschiedene *raisons d'état* über ideologische Barrieren hinwegsetzen — wie sie es mehrfach taten, als das mittelalterliche und nachmittelalterliche Europa von den „Ungläubigen“ bedroht war? Wird die Außenpolitik anderer Staaten nur im Weltmaßstab wiederholen, was allgemein außenpolitische Praxis war, als in und um Europa das Prinzip des multilateralen Gleichgewichts der Mächte herrschte? Wie werden nicht nur der Aufstieg Chinas und andere Manifestationen des Polyzentrismus, sondern auch die Weiterverbreitung von Atomwaffen das bilaterale Gleichgewicht zwischen den beiden Protagonisten des Kalten Krieges beeinflussen? Wie können die Großmächte sowohl mit der Renaissance des Nationalismus als auch mit der Zunahme des Globalismus im Zeitalter der Weltraumfahrt fertig werden? Läßt ihr gegenseitiger Antagonismus (und der Kalte Krieg) wirklich nach, tritt an seine Stelle die Notwendigkeit, „auf China aufzupassen“? Oder veraltet vielleicht der ganze Begriff des Westens? Wenn nicht, kann man dem Westen eine neue Perspektive geben, die unter den neuen Verhältnissen die Außenpolitik der ihm angehörenden Staaten integrieren könnte, so wie es der Begriff der „Eindämmung“ in den zwei Jahrzehnten nach dem Krieg tat? Oder kann das Konzept der „Eindämmung“ beibehalten und in unterschiedlicher Weise auf Rußland und China angewandt werden?

Dialog innerhalb des Westens ist notwendig

Diesen Fragen ließen sich noch viele ähnliche hinzufügen. Sie zu beantworten, kann nicht allein eine Sache der Regierungen oder der internen außenpolitischen Diskussion in einzelnen westlichen Ländern sein. Eine große Diskussion auf internationaler Ebene ist notwendig, um diese Fragen auszusprechen, zu erörtern und die Antworten in ihrer konkreten Anwendung zu erläutern. Viel ist über die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Ost und West gesagt worden. Es scheint, daß ein Dialog *innerhalb* des Westens dringend erforderlich ist, damit dieser nicht auseinanderdreht — nicht nur im Hinblick auf die Politik der einzelnen Länder, sondern auch auf ihre

in historischer und kultureller Verwandtschaft wurzelnden Gemeinsamkeiten.

Das bedeutet nicht, daß hier in der gleichen Weise nach der Einheit des Westens gerufen wird, wie gute Kommunisten nach der Einheit des „sozialistischen Lagers“ rufen. Der Genius des Westens wußte Vielfalt stets zu tolerieren und erreichte meist nur in Zeiten der Gefahr ein gewisses Maß von Einheit. Es ist müßig, eine Einheit zurückzuwünschen, die der Vergangenheit angehört und in dieser Form nicht wiederherstellbar ist. Wenn man Bilanz zieht, dann wiegen die polyzentrischen Auflösungserscheinungen im Osten weit

schwerer als die entsprechenden Auflösungserscheinungen im Westen.

Immerhin sollte der Westen, der im Gegensatz zum Osten niemals monolithisch war und der mit der Mannfaltigkeit umzugehen weiß, Kräfte fördern, die den zentrifugalen Tendenzen entgegenwirken, und er sollte seine grundlegenden Perspektiven koordinieren. Gewiß ist er dazu in einer besseren Ausgangsposition als die kommunistischen Staaten. Im Augenblick, da über de Gaulles Frankreich der Geist Jacques Bainvilles²⁾ schwebt und in

Westdeutschland Bismarck zu neuem Leben erweckt, mag das als ungerechtfertigter Optimismus erscheinen. Aber jeder, der die Vor- und Nachkriegstendenzen in diesen beiden (und anderen westeuropäischen) Ländern etwas genauer kennt, weiß, daß in Westeuropa von einem Ansteigen des Nationalismus (nicht zu verwechseln mit Nationalgefühl) keine Rede sein kann und daß die Nachkriegsgeneration dafür in besonders geringem Maße anfällig ist, wie alle Umfragen und Gespräche beweisen.

Den Sowjets fällt Anpassung an die neue Lage noch schwerer

Trotz der Bedeutung, die man der „Personalisierung der Politik“ beimißt, wird die Zukunft auf lange Sicht nicht von kleineren oder größeren Persönlichkeiten und dem mit ihnen getriebenen Kult geprägt, sondern in erster Linie von den sozialen Prozessen. Das gilt nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten. Paradoxiertweise kann man beobachten, daß sich mit dem Zerfall des Marxismus in der nachutopischen Ära gleichzeitig eine Akzentverschiebung in der politischen Analyse vollzieht. Die Rolle der Persönlichkeit tritt zurück gegenüber den unpersönlichen Prozessen — eine Akzentsetzung, die doch traditionell der marxistischen Analyse eigen ist.

Das trifft jedoch nicht zu auf die internationalen Beziehungen — gesehen als sozialer Prozeß. Als Werkzeug zum Begreifen der Realitäten der internationalen Nachkriegsentwicklung versagt die traditionelle marxistische Methode vollkommen. Das macht es den kommunistischen Staaten schwerer als den westlichen, sich der neuen Situation anzupassen. Man muß hier unterscheiden zwischen politischer Anpassung und ihrer tieferen ideologischen Rechtfertigung. Der Begriff des Polyzentrismus, der widerstrebend als unausweichliche Tatsache der internationalen Politik akzeptiert wird, untergräbt die traditionelle sowjetische Perspektive und führt zu einem allmählichen Abbröckeln der traditionellen sowjetischen Auffassung der Außenpolitik. Noch ist es zu früh, zu sagen, die Sowjetunion habe sich schon mit dem Gedanken abgefunden, daß sie einfach ein Staat unter anderen Staaten ist, ein Teil des internationalen Systems (zu dessen Umsturz ihre Ideologie sie noch immer verpflichtet). Aber obwohl sie das hef-

tig in Abrede stellt, hat sie doch schon ein außenpolitisches Verhalten an den Tag gelegt, das mehr zu einem traditionellen als zu einem revolutionären Staat paßt. Nichts zeigt die verlegene Weigerung, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, besser als ein Artikel von Sanakojew über „Die Hauptetappen in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“ (*Nowaja i Nowejschaja Istorija*, Nr. 4, 1965). Der Verfasser behandelt ausführlich Probleme wie „die Bildung der Sowjetrepubliken“³⁾ — der Ukraine, Belorußlands, Armeniens, Aserbeidschans, Georgiens, Bucharas, Chiwas und der Fernöstlichen Republiken, ... [die] die Formen und Methoden des Verkehrs zwischen souveränen Nationen in der Sphäre der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus auszuarbeiten begannen“. Er geht sogar auf Nebensächlichkeiten wie „die brüderlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den revolutionären Republiken Ungarn und Bayern“⁴⁾ ein, erwähnt aber mit keinem Wort das Problem der Beziehungen zu China, das doch gewiß ein Bestandteil des heutigen „sozialistischen Weltsystems“ ist.

Das Aufkommen des Polyzentrismus stellt die Sowjetunion nicht nur vor die Aufgabe, sich dem diffuseren System des internationalen Mächtegleichgewichts anzupassen; es zwingt sie auch, ihre universalistischen ideologischen Ansprüche herabzuschrauben. Es ist somit ein Aspekt der Notwendigkeit, ungeachtet der utopischen Elemente in ihrem ideologischen Rüstzeug sich außen- wie innenpolitisch mit den Realitäten zu arrangieren.

Universalistische Bestrebungen sterben langsam, das wissen wir aus der Geschichte. Als

²⁾ Französischer Historiker und Politiker (1879 bis 1936), einer der intellektuellen Führer der nationalistischen Action Française (Anm. d. Red.)

³⁾ In den Jahren 1919 bis 1921 (Anm. d. Red.)

⁴⁾ Ungarn war vom März bis zum Herbst 1919, Bayern im April 1919 Räterepublik (Anm. d. Red.)

Byzanz am Ende des 14. Jahrhunderts vor dem politischen und militärischen Zusammenbruch stand und Verbündete dringender denn je brauchte, sandte der Patriarch von Konstantinopel dem moskowitzischen Fürsten Wassili I. einen Brief, in dem er ihn wegen seiner Widersetzlichkeit gegen die universelle Autorität der byzantinischen Kirche und die *Oikumene* des oströmischen Reichs zurechtwies. Ein halbes Jahrhundert später war Konstantinopel gefallen. Es kam die Theorie vom

Dritten Rom auf, welche die Aneignung der byzantinischen *Oikumene* durch Moskau ideologisch rechtfertigte.

Ironischerweise ist es heute Moskau, das den ideologischen Universalismus der kommunistischen *Oikumene* gegen die Revolte des Ostens zu verteidigen sucht. Natürlich ist die Situation ganz anders; aber das Problem — das Unvermögen, universalistische doktrinäre Ansprüche aufrechtzuerhalten — ist so alt wie die universalistischen Ideologien selbst.

Ausdehnung des Atomklubs ?

Das historisch Neue an dem heutigen Gegensatz Universalismus—Polyzentrismus ist die Notwendigkeit nuklearer Koexistenz. Und erst recht ist diese der bestimmende Faktor in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen — kein sehr origineller Gedanke, der aber den Analytikern zu schaffen macht, wenn sie ihn auf die polyzentrische Situation anwenden. Es ist möglich, daß das nukleare Patt, das die Positionen im bilateralen Mächtegleichgewicht nach dem Krieg erstarren ließ, sie auch in dem jetzt sich herausbildenden multilateralen Gleichgewicht erstarren läßt. Wie weit die nukleare Streuung gehen wird, ist schwer vorauszusagen. Souveräne Staaten können aber nicht daran gehindert werden, Atomwaffen zu produzieren, wenn sie die technischen Möglichkeiten und die finanziellen Mittel dazu haben. Ob die Weiterverbreitung von Kernwaffen aufzuhalten ist, wird daher auf lange Sicht weniger von den dahin gehenden Bemühungen der jetzigen Mitglie-

der des Atomklubs abhängen als vielmehr davon, ob sie bereit sind, Sicherheitsvorkehrungen für die Staaten zu treffen, die welche brauchen. Wenn China dereinst vollgültiges Mitglied des Klubs sein wird, so werden sich dadurch seine Beziehungen zu den anderen Nuklearmächten in dem begrenzten Maße stabilisieren, in dem die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durch den gleichen Faktor nach dem Krieg stabilisiert wurden. Die Aussichten auf politische Stabilität sind dann jedoch noch trüber als früher. Sie hängen nämlich nicht von der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung ab, sondern von Chinas freiwilligem oder unfreiwilligem Verzicht auf seine militante Taktik und auf den Gebrauch nationaler „Befreiungs“-Bewegungen und Guerillakriege als „Geheimwaffen“, mit denen es an der Substanz seiner Gegner nagt. Der Prozeß der Befreiung Chinas von den Fesseln der ideologischen Buchstabengläubigkeit kann lange dauern.

Zusammenhalt des Westens muß gewahrt bleiben

Eine Diskussion über die spezifischen Probleme der internationalen Situation, die die siebziger und vielleicht die achtziger Jahre beherrschen werden, kann in dem allgemeinen und etwas abstrakten Rahmen folgender Gegensatzpaare geführt werden: universalistische Aspirationen — polyzentrische Interessen; Nationalismus *redivivus* — schrumpfende Welt; umfassende militärische Stabilisierung — politische Unstabilität. Wenn man aber voraussetzt, daß die wichtigste Frage für die Menschheit im 21. Jahrhundert sein wird, die internationalen Beziehungen so zu institutionalisieren, daß sie auf friedlicher Grundlage funktionieren (und ferner voraussetzt, daß Ermahnungen oder verschrobene Pläne politischer Idealisten dabei nicht weiterhel-

fen), dann kommt man zu dem unausweichlichen Schluß, daß nur Institutionen und Traditionen, wie sie sich im Westen herausgebildet haben, dazu tauglich sind, einigermaßen friedliche politische Beziehungen zwischen Staaten zu sichern. Nur sie können das notwendige Gleichgewicht, die notwendige Stabilität in der neuen nuklearen, polyzentrischen Welt gewährleisten. Universelle Despotismen und Imperien sind nicht nur nutzlos für diesen Zweck, sondern utopisch. Dafür hat die Nachkriegsentwicklung schlüssige Beweise geliefert.

So gesehen, kann die Zukunft der Menschheit davon abhängen, daß der politisch-kulturelle Zusammenhalt des Westens erhalten bleibt. Deshalb ist eine spezifische historische Per-

spektive das mindeste, was die Staaten des Westens brauchen, um ihre Politik in gewissem Grade gleichzurichten und ihre Ambitionen und Interessen aufeinander abzustimmen.

Nach dem Krieg erinnerte man oft an die Uneinigkeit der griechischen Stadtstaaten gegenüber ihren gemeinsamen Feinden, um davor zu warnen, daß den vom Kommunismus bedrohten Westen ein ähnliches Schicksal ereilen könnte. Diese Parallele hat sich als unzulänglich erwiesen. Nicht genügend erkannt wurde, daß politische Institutionen, die in den westlichen Ländern einen friedlichen sozialen Wandel sicherten, auch für die Entwicklung friedlicher internationaler Beziehungen bedeutsam waren. Stalin, der in seiner letzten Schrift einen Krieg zwischen westlichen Staaten für wahrscheinlich erklärte, begriff nicht, daß solch ein Krieg praktisch nicht in Betracht kam. Er selbst hatte den nötigen äußeren Anstoß zur Einigung des Westens gegeben. Hätte er eine andere Politik gegenüber dem Westen gewählt oder wählen können, so würde er ihn nicht geeinigt und nicht den Anstoß zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung gegeben haben.

Aber im polyzentrischen Zeitalter kann der historische Zusammenhalt des Westens nur

von ihm selbst gewahrt werden, nicht durch äußere Gefahr. Gegen Bedrohung von außen geben nukleare Abschreckung und technischer Fortschritt hinlängliche Sicherheit, sofern lebenswichtige Interessen auf dem Spiele stehen. Bietet die „Eindämmung“ Rußlands und Chinas, auch ungewollt, eine ausreichende Perspektive, die diesen Zusammenhalt garantiert? Eine Perspektive, die damit auch die Herausbildung von Institutionen ermöglicht, die einigermaßen friedliche Beziehungen zwischen Staaten in einem polyzentrischen Machtssystem sichern?

Es wäre vermessen, diese Frage mit einem Reißbrettentwurf für eine neue Politik zu beantworten. Solche Prozesse werden nicht geplant, sie entfalten sich. Doch ohne ein Ziel vor Augen ist eine Politik auf lange Sicht unmöglich. Wenn wir auch mißtrauisch gegen utopische Pläne und politische Reißbrettentwürfe sind, so gilt doch immer noch, daß ein Politiker, sofern er nicht zu den kurzsichtigsten Empirikern gehört, eine Idee braucht, die ihm eine Perspektive gibt, eine Idee, die realistisch, aber nicht engstirnig ist. Heute können wir nur die Probleme diskutieren und hoffen, daß solch eine Idee schließlich zum Vorschein kommt.

Über den Polyzentrismus

Das Wort „Polyzentrismus“ ist nun in unsere Sprache eingegangen. Es ist ein nützliches, aber ein nicht völlig unzweideutiges Wort. Es bezeichnet ungefähr den Verlust der nahezu absoluten Autorität, die die Sowjetunion von 1945 bis 1953 innerhalb der kommunistischen Welt genoß oder die sie zumindest in den Augen westlicher Kommentatoren und Staatsmänner zu genießen schien. Rückblickend erscheint es zweifelhaft, ob Stalin nach 1949

jemals in der Lage war, Mao Tse-tung Befehle erteilen zu können, oder ob er sich jemals selbst dieser Illusion hingab. Vom Jahre 1950 an jedenfalls behandelte Stalin China als Großmacht, als etwas von den kommunistischen Ländern in Osteuropa grundsätzlich Verschiedenes. Seit 15 Jahren hat der sogenannte monolithische kommunistische Block zwei Häupter.

Zwei Zentren in der kommunistischen Welt

Mit dem Ausdruck Polyzentrismus werden zwei verschiedene Phänomene bezeichnet, die beide miteinander zusammenhängen: der chinesisch-sowjetische Konflikt und die wachsende Selbständigkeit der osteuropäischen Länder gegenüber Rußland. Den Beginn des chinesisch-sowjetischen Konflikts genau zu bestimmen ist schwer; das zweite Phänomen trat zum erstenmal im Jahre 1956 auf, im Jahr des Aufstands in Polen und Ungarn.

Für die osteuropäischen Länder und für den Westen wurde der chinesisch-sowjetische Konflikt erst dann wirklich bedeutungsvoll, als er offen ausbrach und die Sprecher der beiden kommunistischen Großmächte sich gegenseitig Verrat an der kommunistischen Lehre vorzuwerfen begannen. Die ersten Schwierigkeiten zwischen Moskau und Peking sind vielleicht schon vor Stalins Tod aufgetreten. Im Jahre 1960 wurden sowjetische Techniker aus China zurückgezogen, aber der beleidigende Briefwechsel zwischen den beiden Zentralkomitees wurde im Jahre 1963 — im Jahre des Vertrags über das Verbot der Kernwaffenversuche (5. August 1963) — veröffentlicht.

Ob sich der Polyzentrismus aus den ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking oder erst aus der Auflösung der internationalen kommunistischen Bewegung entwickelte, ist im Grunde eine Frage der Definition. Wichtig ist nur die Tatsache als solche: Zwar gab es schon seit 1950 in der kommunistischen Welt zwei Zentren, aber der Polyzentrismus war erst von dem Tage an nicht mehr rückgängig zu machen, an dem jedes der beiden behauptete, im Besitz der einzigen gültigen Auslegung einer allgemeinen Wahrheit zu sein. Die Übertragung des Konflikts auf das ideologische Gebiet ver-

wickelte die beiden Rivalen in eine Reihe von Widersprüchen. Wenn eine allgemeine Wahrheit widersprechende und miteinander unvereinbare Auslegungen zuläßt, hört sie auf, allgemein zu sein. Nimmt eine Partei das Recht in Anspruch, der anderen ihre Auslegung aufzuzwingen, spaltet sie diese unter dem Vorwand, sie zu einen. Die chinesischen Proteste gegen die Auflösung des Blocks fördern weitere Zersetzungserscheinungen. Die Sowjetunion bemüht sich — allerdings ohne Erfolg —, die Auflösung aufzuhalten, indem sie sie akzeptiert. Das wäre nur möglich, wenn die Chinesen sich damit einverstanden erklärten; das tun sie aber nicht. Vielleicht würden sich die Männer in Moskau weniger dagegen sträuben, eine Internationale zu akzeptieren, die lediglich eine Art Sammelstelle für den gegenseitigen Austausch wäre, wenn die Chinesen ihnen nicht Revisionismus vorwürfen.

Die Ursprünge des Streites, der die Welt, in der der Marxismus-Leninismus die offizielle Staatslehre ist, gespalten hat, liegen nicht in den Aufständen in Polen und Ungarn im Jahre 1956. Sie waren nur eine Episode der Entstalinisierung. Die Nachfolger Stalins wollten oder konnten den Despotismus eines einzelnen nicht aufrechterhalten, der — um Montesquieus Ausdruck zu gebrauchen — keinem Gesetz gehorchte und durch Furcht herrschte. Sie waren bereit, die Beziehungen zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Ländern umzugestalten, weigerten sich aber, die ungarische Revolution, ein Mehrparteiensystem oder Neutralitätserklärungen hinzunehmen. Die Niederschlagung der ungarischen Revolution hielt jedoch die Entwicklung zur Autonomie in Osteuropa nicht auf.

Nationale Selbstbehauptung in Osteuropa

Hier ergeben sich mehrere Fragen. Hat diese größere Autonomie in Osteuropa zu einer größeren Verschiedenheit der Innen- oder Außenpolitik der verschiedenen Regime geführt? In welchem Verhältnis stehen diese beiden Gebiete zueinander? Mit anderen Worten, ist die Außenpolitik dieser Staaten ein Ergebnis der Form, die der Sozialismus oder der sowjetische Kommunismus in den Ländern Osteuropas angenommen hat?

Wenden wir uns der letzten Frage zuerst zu. Es besteht kein sichtbarer Zusammenhang zwischen dem Grad der inneren Liberalisierung und der außenpolitischen Selbständigkeit. Rumänien, das als einziger Staat territoriale Ansprüche gegenüber der Sowjetunion anzudeuten wagte und das sich den Comecon-Plänen mit größerer Entschlossenheit widersetzt hat als alle anderen Länder, hat von allen Volksdemokratien weitaus am längsten gezögert, eine innenpolitische Liberalisierung durchzuführen.

Wenn die Entwicklung dieser Länder in den letzten Jahren überhaupt ein gemeinsames Merkmal aufgewiesen hat, so war es die nationale Selbstbehauptung. Ich gebrauche diesen vagen Ausdruck absichtlich, weil er eine Vielzahl heterogener Handlungen und Gefühle umfaßt. Alle diese Länder haben auf die eigene Kultur und die eigene Geschichte Gewicht gelegt. Sie haben den Versuch der Russifizierung zurückgewiesen und —

mit unterschiedlicher Verve — auf intellektueller Ebene Beziehungen zum Westen aufgenommen. Sie haben alle den besonderen Charakter ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Probleme betont und die Möglichkeit gegensätzlicher Meinungen innerhalb der kommunistischen Länder durchaus anerkannt. Sie haben sich untereinander über die Bedingungen von Handelsabkommen gestritten.

Je schwächer Moskaus Autorität wurde, desto nationaler wurde der Sozialismus in diesen Ländern. Die Machthaber wollten trotz ihrer Bindung an eine universale Lehre als Vertreter einer bestimmten Nation handeln, die sich ihrer einzigartigen Vergangenheit bewußt ist, ihre Interessen sorgfältig wahrt und einen möglichst hohen Grad von Selbständigkeit gegenüber ihrem Beschützer anstrebt. Man könnte sogar auf dialektische Weise sagen, gerade die Verschiedenheit zwischen den kommunistischen Ländern sei der Ausdruck ihres gemeinsamen Schicksals, da sie die gleiche Nationalisierung des Sozialismus widerspiegeln, die sie zusammenbringt, indem sie sie trennt (oder sie trennt, indem sie sie zusammenbringt). Aber, so wird man fragen, wie weit geht diese Verschiedenheit? Um diese Frage genau zu beantworten, müßte man über unmittelbare und detaillierte Kenntnisse der verschiedenen Länder verfügen. Einige allgemeine Beobachtungen können hier aufgezeichnet werden.

Unterschiede zwischen den Ländern Osteuropas

Eine Form der Verschiedenheit beruht auf den verschiedenen Entwicklungsstadien, die diese Länder durchschreiten. Rumänien und die Tschechoslowakei stellen zwei Extreme dar: Das eine Land befindet sich auf einer Industrialisierungsstufe, auf der einfache und autoritäre Planungsmethoden genügen, während das andere offenbar vor den gleichen Schwierigkeiten steht wie die Sowjetunion. Eine komplizierte Industriegesellschaft kann auf gewisse Preis- und Marktmechanismen einfach nicht verzichten, die die Doktrinäre zwar als untrennbaren Bestandteil des Kapitalismus abgelehnt haben, deren Notwendigkeit sie aber vielleicht bald einsehen, wenn sie auch ihre ideologische Bedeutung leugnen werden. Sozialistische Volkswirtschaftler wie der kürzlich verstorbene Oskar Lange behaupten seit langem, eine intelligente Planung müsse sich den Preismechanismus zunutze machen. In Ru-

mänien hat sich die Liberman-Frage noch nicht erhoben, hingegen schon in Ungarn und in der Tschechoslowakei.

Eine zweite Art von Verschiedenheit — ebenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet — betrifft die Bauern. Im Polen Gomulkas hat man dem Privateigentum an Grund und Boden noch eine lange Auslaufzeit gewährt. Die Wirkung dieser Toleranz mag sich statistisch nicht niederschlagen, aber es ist dennoch so, daß jede Regierung sich das Recht vorbehält, ihre Probleme — auch die des Grundeigentums — je nach den Verhältnissen und den eigenen Wünschen zu regeln.

Eine dritte Form der Verschiedenheit betrifft das politisch-geistige Gebiet. Was kann der Intellektuelle in diesen Ländern schreiben oder sagen, ohne sich selbst zu gefährden?

Welches Risiko geht er ein, wenn er die auf jeden Fall ungenau gezogenen Grenzen der ihm gewährten Freiheit überschreitet? Zwar wird nirgendwo das Regime offen in Frage

gestellt, aber die stalinistische Disziplin, die jeden Zwang, in die Wahnsinnstiraden des Despoten im Kreml begeistert einzustimmen, hat sich nirgendwo gehalten.

Schlußfolgerungen

Hieraus lassen sich drei Schlüsse ziehen: Erstens, daß die wirtschaftlich-politischen Regimes der osteuropäischen Länder noch immer der gleichen Gattung angehören und daß die Verschiedenheiten, die in den vom Regime untrennbaren Institutionen (Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, Planwirtschaft, Einparteiensystem) auftreten, den Kern noch nicht berühren. Das politische Leben konzentriert sich nach wie vor auf eine Partei, die nicht den wahren Geist der Gesellschaft repräsentiert. Die Planer fangen erst an, Konzessionen an den Verbraucher zu machen, und wissen noch nicht, wie die Marktmechanismen, deren Notwendigkeit sie zu ahnen beginnen, einzusetzen sind. Die osteuropäischen Länder sind einander ähnlicher als die westeuropäischen, die ebenfalls ein gemeinsames wirtschaftliches und politisches System haben.

Der zweite Schluß geht dahin, daß das ursprüngliche nationale Eigenwesen der verschiedenen Länder durch die vorübergehende Herrschaft der Sowjetunion nicht zerstört worden ist. Warschau und Prag haben ihre ausgeprägte Eigenart behalten. Was das kulturelle Klima betrifft, fällt es mir schwer zu sagen, worin es eigentlich besteht. In Warschau habe ich das Gefühl, im gleichen kulturellen Klima zu leben wie in Paris, während die Luft, die ich in Moskau atme, anders ist. Bauten, reli-

giöse Traditionen, der Stil der persönlichen Beziehungen, manche gewichtige Tatsachen ebenso wie scheinbar unbedeutende Einzelheiten tragen alle dazu bei, einen undefinierbaren, aber nachhaltigen Eindruck hervorzurufen. In dieser Hinsicht kann man sagen, Nationalitäten bleiben bestehen, politische Regimes vergehen.

Die dritte Folgerung betrifft das radikale Mißlingen der Pläne der Sowjetunion in Osteuropa. Es ist ihr nicht gelungen, das Gebiet zu russifizieren oder die Völker zum Marxismus-Leninismus zu bekehren oder sie von den Vorteilen der Institutionen zu überzeugen, die in Rußland seit 1917 aufgebaut worden sind. Gewiß, keine der kommunistischen Parteien in Osteuropa kritisiert diese Institutionen als solche, denen sie ihre ganze Macht verdanken; aber sie alle, die sie im Troß fremder Armeen in ihr Land zurückgekehrt sind (mit Ausnahme der Minderheit, die im eigenen Land gegen die Nationalsozialisten gekämpft hat), haben in den letzten zehn Jahren versucht, ihre Selbständigkeit zu beweisen, um ihren moralischen Einfluß auf ihre Völker zu stärken. Die Anerkennung, die ihnen im eigenen Lande zuteil wird, richtet sich danach, wie weit sie national, bewußt national sind oder erscheinen, und nicht danach, wie weit sie ihren Marxismus-Leninismus unter Beweis stellen.

Es geht um die Herrschaft im Weltkommunismus

Während des Kalten Krieges der Jahre 1949 bis 1953 glaubte der Westen, in Europa einem einzigen Feind — bestehend aus einem Staat und seinen Satelliten — gegenüberzustehen. In Asien wußte er seit dem Krieg in Korea, daß China kein Satellit, sondern ein Verbündeter der Sowjetunion ist. Dennoch verhielt sich der Westen lange Zeit so, als hätten diese Verbündeten, die sich in der Grundfrage — nämlich der Feindschaft gegen den Westen — einig sind, eine gemeinsame Strategie. Diese Annahme ist im Augenblick offensichtlich falsch. Nicht nur verfolgen China und die Sowjetunion in allen Teilen der Welt eine eigene Politik, sondern jede der beiden kommunistischen Großmächte legt der Rivalität, die

zwischen ihnen aufgetreten ist, größte Bedeutung bei — eine Bedeutung, die zur Zeit sogar größer sein mag als die, die der grundsätzlichen oder ideologischen Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten oder dem „Imperialismus“ beigemessen wird.

Es ist zwar richtig, daß es bei dem chinesisch-sowjetischen Konflikt ursprünglich um die Wahl der richtigen Strategie gegenüber nationalen Befreiungskriegen, gegenüber der Dritten Welt und gegenüber dem Westen ging. Jedenfalls gehörte diese Frage zu denen, über die sich die Russen und Chinesen stritten. Aber selbst wenn dies ursprünglich eine der Hauptfragen gewesen sein sollte, so haben sich ihr Charakter und ihre Bedeutung geändert.

Jetzt geht es um die Beherrschung der kommunistischen Bewegung. Hier hat sich die Sowjetunion in einen Widerspruch verwickelt. Sie will und kann von der ideokratischen Natur ihres Staatswesens nicht abrücken und will nicht zugeben, ein Staat „wie jeder andere Staat“ mit nationalen Interessen zu sein, denn ein solches Zugeständnis würde die Grundlagen des Regimes untergraben. Da die Sowjetunion marxistisch-leninistisch ist, muß sie der Feind der Vereinigten Staaten und aller kapitalistischen Länder sein, auch wenn sie eine friedliche Koexistenz anerkennt. Sie fürchtet, daß China allmählich ein Monopol auf den revolutionären Gedanken erwerben wird.

Theoretisch stehen den Moskauer Führern zwei Wege aus diesem Dilemma offen: Sie können entweder versuchen, sich — zumindest in Worten — ebenso gewaltig zu gebärden wie Peking, oder sie können trotz chinesischer Beleidigungen weiterhin eine Außenpolitik der friedlichen Koexistenz betreiben und Peking ausmanövrieren, indem sie alles auf die Karte der Mäßigung setzen. Das heißt, die Männer in Moskau können sich revolutionärer gebärden als die Männer in der Verbotenen Stadt oder sie können versuchen, diese in den Augen der Welt als gefährliche Unruhestifter zu diskreditieren.

Chruschtschows Nachfolger haben sich ebenso wie dieser selbst offensichtlich zu dem zweiten

Weg entschlossen. Sie haben trotz der Ereignisse in Vietnam an dieser Politik festgehalten, und alles deutet darauf hin, daß die innere Logik der Rivalität mit den Dogmatikern in Peking stärker ist als die Feindschaft gegen die kapitalistische Welt. Wahrscheinlich ist ihnen eine nicht-marxistisch-leninistische Regierung lieber als eine marxistisch-leninistische Regierung chinesischer Prägung.

Es ist möglich, daß die Chinesen diese Dinge ebenso sehen. Im Augenblick haben sie nicht die nötige materielle Stärke, um offen gegen die Vereinigten Staaten zu kämpfen. Wahrscheinlich treiben sie die Nordvietnamesen an, den Kampf zu Ende zu führen, der eine Annäherung zwischen UdSSR und den USA behindert. Sie prangern die unzureichende Unterstützung an, die die Sowjetunion einem sozialistischen Staat zukommen läßt, der das Opfer einer imperialistischen Aggression geworden ist. (Sie selbst unterstützen Nordvietnam auch nicht mehr als Moskau, aber darauf können sie mit dem Hinweis entgegnen, daß sie keine einsatzbereiten Atombomben haben.) Wahrscheinlich glauben sie, daß die Vereinigten Staaten, die sich in einem Landkrieg in Asien festgefahren haben, dadurch materiell und mehr noch moralisch geschwächt werden. Der Sowjetunion wäre eine Kompromißlösung wahrscheinlich am liebsten, wenn sie damit in den Augen der Welt an Ansehen gewönne.

Trümpfe der beiden Rivalen

In dieser Rivalitätssituation hält jede der beiden kommunistischen Großmächte Trümpfe in der Hand. China ist den „proletarischen“ Nationen näher. Es spricht eine Sprache, die von Parteien, die gewaltsame Maßnahmen anstreben, besser verstanden wird. In den meisten Parteien der Länder der Dritten Welt — vor allem in Asien und in Parteien, die noch in der Opposition sind — gibt es „chinesische“ oder „castristische“ Gruppen (teils verbündete, teils miteinander rivalisierende) oder es wird sie bald geben. Praktisch hat die Mehrheit der Länder der Dritten Welt, die ihre Treue zum Sozialismus, aber nicht zum Marxismus-Leninismus proklamieren, sich stets für eine friedliche Koexistenz ausgesprochen; sie haben die beiden Großmächte gebeten, zusammenzuarbeiten und nicht gegeneinander zu kämpfen. Bei den nichtgebundenen Ländern ist Moskaus Linie nicht unbedingt unbeliebt. Alles deutet darauf hin, daß der Konkurrenzkampf zwischen Moskau und Peking noch lange andauern wird. Die westlichen Länder, die weni-

ger denn je eine gemeinsame Politik betreiben, stehen nicht einem kommunistischen Block, sondern zwei strategischen Konzeptionen gegenüber, von denen die eine in Moskau, die andere in Peking ausgearbeitet wird, von den zahlreichen Konzeptionen der europäischen und asiatischen Länder ganz zu schweigen, die mehr oder weniger den Anspruch erheben, marxistisch-leninistisch zu sein.

Die kommunistischen Parteien in Asien würden sicher gern dem Beispiel der osteuropäischen Länder folgen und die chinesisch-sowjetische Spaltung dazu benutzen, sich eine gewisse Bewegungsfreiheit zu verschaffen. (Bei den Nordkoreanern gibt es bereits Anzeichen für diese Entwicklung.)

Wie echt ist diese Bewegungsfreiheit in Osteuropa? Die beiden Blocks haben sich stets vorwiegend mit europäischen Angelegenheiten befaßt. Sie wurden geschaffen durch die symbolische Begegnung russischer und amerikanischer Soldaten im Herzen des alten Kontinents.

Sie sind nicht verschwunden; zu der Teilung Deutschlands und Europas kam 1961 die Mauer, die Berlin teilt, hinzu. Noch immer stehen sich russische und westliche Soldaten am Potsdamer Platz gegenüber. In der alten Hauptstadt des Reiches hat die Bezeichnung „der Westen“ noch die frühere Bedeutung. Wie auch immer die Beziehungen zwischen

Paris und Washington sind, Franzosen und Amerikaner handeln gemeinsam und erörtern gemeinsam ihre Pläne, wenn es um das geht, was die Russen „die Folgen des zweiten Weltkrieges“ nennen — das heißt letztlich um die deutsche Frage. Stehen sie dem sowjetischen Block oder lediglich der Sowjetunion gegenüber?

Differenzierte außenpolitische Handlungsfreiheit der osteuropäischen Länder

Es mag zunächst nützlich sein, im Falle der osteuropäischen Länder drei Bereiche der Außenpolitik zu unterscheiden: erstens den Handel und den Kulturaustausch mit dem Westen, zweitens die Politik in bezug auf die Dritte Welt und die Vereinten Nationen und drittens die deutsche oder europäische Frage. Die hier benutzte Rangordnung ist absichtlich — es ist die Rangordnung abnehmender Bewegungsfreiheit für die Länder Osteuropas.

Rumänien betreibt seine eigene Handelspolitik und seine eigene Politik des kulturellen Austausches. Es hat die Direktiven des Comecon nicht akzeptiert, und seine Partner — Brüder im Sozialismus — haben sich nicht besonders bemüht, es dazu zu zwingen. Die Regierungen in Osteuropa entscheiden je nach den Umständen und ihren eigenen Bedürfnissen, wie ihre Handelsbeziehungen und kulturellen Beziehungen zum Westen aussehen sollen. Zugegeben, die Regierungen bzw. die kommunistischen Parteien sind weder hinsichtlich des Handels noch der kulturellen Beziehungen wirklich frei, denn ein Minimum an ideologischer Disziplin muß stets gewährleistet sein. Außerdem sind diese Länder wirtschaftlich in vieler Hinsicht miteinander verflochten, so daß die Sowjetunion es nicht nötig hat, Zwang oder Drohungen zu benutzen, um das so geschaffene System zu sichern. Für die Staaten Osteuropas wäre es ebenso schwierig, sich aus diesem System zu lösen, wie für die westeuropäischen Länder, aus dem Gemeinsamen Markt oder der Freihandelszone auszuschneiden. Jedem Land wird eine echte, wenn auch geringe Autonomie gewährt.

Es ist nicht einfach, zwischen den beiden Formulierungen „Auflösung des Sowjetblocks in Europa“ oder „Stabilisierung des Blocks auf Grund der Duldung der nationalen Autonomie“ zu wählen. An Argumenten zugunsten der Auflösungstheorie fehlt es nicht. Seit zwanzig Jahren unterdrückte Territorialansprüche werden wieder laut. Rumänien hat Bessarabien und Ungarn Transsylvanien nicht vergessen. Innerhalb des Comecon und anderer kommunistischer Gremien setzt jeder Staat seinen

Stolz darein, seine nationalen Interessen zu verteidigen. Die Sowjetunion läßt rumänische Anspielungen auf Bessarabien ebenso stillschweigend hingehen wie chinesische Erklärungen über die Fernostgebiete. Die Nachfolger von Stalins Nachfolger rufen keine Angst mehr hervor. Haben die Männern im Kreml die für die Herrscher eines imperialistischen Staates unerläßliche Eigenschaft, den Willen zu herrschen, verloren?

Andererseits kann man sagen, daß diese Duldung des Nationalismus das Wesentliche — zumindest in Europa — nicht gefährdet. Stalinistische Methoden konnten einen Stalin nicht überleben. Wenn nun schon dem russischen Imperialismus dadurch Halt geboten wurde, daß die osteuropäischen Völker der Unterwerfung unter die russische Herrschaft Widerstand entgegensetzten, so mag vielleicht das Regime der lizenzierten Freiheit, wie es jetzt provisorisch errichtet worden ist, den sowjetischen Interessen und auch der kommunistischen Bewegung am besten dienen. Gerade wegen der Auflösung des Sowjetblocks werden sich den beiden größten kommunistischen Parteien Westeuropas, besonders der italienischen, in den kommenden Jahren neue Möglichkeiten eröffnen. Bisher haben sie die Übernahme des in der Sowjetunion herrschenden Regimes und die Unterwerfung unter die UdSSR vertreten. Jetzt können ihre Propagandisten in Italien ebenso wie in Frankreich (vorausgesetzt, daß die französische KP wieder zum Leben erwacht) behaupten, daß weder das eine noch das andere mehr in Frage kommt. Die marxistisch-leninistischen Kirchen werden allmählich „autokephal“, so wie einst die orthodoxen Landeskirchen „autokephal“, das heißt von ihrem Oberhaupt, dem Patriarchen von Konstantinopel, unabhängig wurden.

Es sieht nicht so aus, als verfolge irgendein osteuropäisches Land bei den Vereinten Nationen oder in der Dritten Welt eine Außenpolitik, die sich wesentlich von der der Sowjetunion unterscheidet, wenn auch das eine oder das andere Land gelegentlich anders stimmt als die UdSSR. Soweit man es beurteilen kann,

geht die tschechoslowakische oder ostdeutsche Entwicklungshilfe weniger auf eigene Initiative als auf eine gemeinsame oder zumindest aufeinander abgestimmte Politik zurück. Jedenfalls ist keines dieser Länder stark genug, um eine beherrschende Rolle auf der Weltbühne zu spielen, und wäre es auch dann nicht, wenn es größere Handlungsfreiheit hätte. Die osteuropäischen Länder werden also alle gebunden bleiben und sich nicht wie Jugoslawien zu den nichtgebundenen Ländern gesellen. Solange sich die jetzige internationale Konstellation hält, sitzen dort die kommunistischen Parteien fest im Sattel, um so mehr als die Sowjetunion ihnen räumlich so nahe ist und sie ihr ein wenig spektakulären Widerstand leisten. Es geht ihnen sowohl um die Aufrechterhaltung dieses Systems wie um ein Maximum an Autonomie innerhalb des Systems. Die meisten dieser Länder oder sogar alle fürchten Deutschland und die deutsche Wiedervereinigung. Über diese eine weltpolitische Frage, die sie alle unmittelbar angeht, sind sie sich spontan einig. Wenn die Moskauer Führer den Westen bitten, die DDR „anzuerkennen“, haben sie keine Schwierigkeit, die Unterstützung Warschaus und Prags zu bekommen. Die Teilung Deutschland, der

territoriale Status quo, ist keine Lösung auf lange Sicht. Aber den Polen und Tschechen scheint jede Änderung des Status quo große Gefahr in sich zu bergen.

Wir kommen also zu der Folgerung, daß die chinesisch-sowjetische Spaltung bei den beiden Weltmächten, die sich marxistisch-leninistisch nennen, zu zwei verschiedenen politischen Haltungen geführt hat. Die Autonomie der osteuropäischen Staaten — an sich schon eine Widerspiegelung des Polyzentrismus — eröffnet neue Perspektiven für die Zukunft, hat aber noch keine entscheidende Änderung der politischen Konstellation hervorgerufen und wird das auch nicht tun, solange es keine allgemeine europäische Lösung gibt. Ob sie es will oder nicht: die Sowjetunion läßt jedem dieser Länder eine gewisse Handlungsfreiheit — nicht nur hinsichtlich ihrer innenpolitischen Angelegenheiten, sondern auch in bezug auf ihre Handels- und Kulturbeziehungen zum Westen. Diese Freiheit kann ohne Gefahr gewährt werden, denn solange sich Russen und Amerikaner in Berlin und Europa gegenüberstehen, kann niemand im Osten oder im Westen subversive Gedanken oder aufsehenerregende Vorschläge in die Tat umsetzen.

Autorität der Führungsmächte in Frage gestellt

Seit 1947 finden internationale Beziehungen ganz natürlich in drei getrennten Sphären statt: Diplomatie innerhalb der Blocks, Diplomatie zwischen den Blocks und Diplomatie zwischen den Blocks und den nichtgebundenen Ländern. Am Schluß dieses Aufsatzes mag es nützlich sein, kurz auf einige der ins Auge fallenden Folgen des Polyzentrismus in jeder dieser drei Sphären einzugehen.

Innerhalb des sowjetischen Blocks hat der Konflikt mit China allmählich eine Gestalt angenommen, die man mit einem Streit zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb einer einzelnen kommunistischen Partei vergleichen kann. Die „Chinesen“ und die „Russen“ tun wie einst die Bolschewiki und die Menschewiki ihr möglichstes, um die Zögernden für sich zu gewinnen. An der Oberfläche sieht alles so aus, als gehe es darum, wie man bei den Kongressen die Mehrheit gewinnen kann. In Wirklichkeit aber geht es um anderes. Die kommunistischen Parteien, die heute in Polen oder Albanien die Macht haben, sind nicht dasselbe wie Gruppen innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Jahre 1900 oder der italienischen KP im Jahre 1965. Die Spaltung ist von ganz anderer Art. Die russischen Führer sind bestrebt, so viele

kommunistische Parteien wie möglich auf ihre Seite zu ziehen. Diese Parteien, die in ihren Ländern an der Regierung sind, nehmen an einem gewaltigen Wettkampf teil, bei dem der Preis die Führung innerhalb der kommunistischen Bewegung — gleichgültig, ob sie in Moskau oder in Peking liegt — und der Einfluß auf diese Bewegung ist. Diese Freiheit, gebunden oder nicht gebunden zu sein, mag für die Völker dieser Länder wenig interessant sein, verleiht aber den Führern das Gefühl, selbständig und wichtig zu sein.

Innerhalb des westlichen Blocks wird die Autorität Washingtons genauso in Frage gestellt; aber die im wesentlichen von Frankreich stammende Herausforderung wurde zwar durch den Polyzentrismus im sowjetischen Block gestärkt, hatte aber nicht in diesem Phänomen ihren Ursprung. General de Gaulle ist immer gegen die „amerikanische Hegemonie“ und gegen eine militärische Integration in der NATO gewesen, hat stets Verpflichtungen auf Dauer abgelehnt und immer eine möglichst große Handlungsfreiheit in bezug auf alle anderen Länder, seien es verbündete oder feindliche, angestrebt. Vor dem offenen Bruch zwischen Moskau und Peking hat er häufig von einem Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ gespro-

chen. Die Teilung Europas in zwei Einflußbereiche, von denen jeder durch das innenpolitische Regime der Länder, die er umfaßt, bestimmt wird, ist für de Gaulle ein Vermächtnis von Jalta und außerdem widernatürlich und damit aus beiden Gründen abzulehnen. Es ist widernatürlich, das Bündnisse vom Charakter des Regimes und nicht vom nationalen Interesse bestimmt werden. Wenn Frankreich in einen „Einflußbereich“ eingeschlossen wird, kann es seine Mission in der Welt nicht erfüllen.

Es erhebt sich also die Frage, ob die gaullistische Außenpolitik mit der der osteuropäischen Staaten übereinstimmt oder nicht. Wird nicht der Versuch, das Europa der Sechs oder alle Staaten Westeuropas zu einigen, durch die Einigung des ganzen Europa zum Anachronismus? Kurzum, hat nicht das gaullistische Schlagwort „vom Atlantik bis zum Ural“ einen echten Wahrheitsgehalt in dem Sinne, daß es tatsächlich realisierbar ist? Oder wird es noch

einige Jahre eine philosophische These oder eine historische Prophezeiung bleiben?

Seit Chruschtschows Sturz ist das Interesse des Kremls für Frankreich gewachsen. Die Regierungschefs von Rumänien, Ungarn und Polen sind in Paris gewesen. Dennoch geht das alles nicht über Besuche und Gespräche hinaus. Nähert sich die Stunde echter Verhandlungen? Ich glaube nicht. Werden die osteuropäischen Staaten in der Lage sein, vereint zu bleiben und eine gemeinsame Front aufrechtzuerhalten, wenn die Zeit für Verhandlungen über die Deutsche Frage und den Abzug sowjetischer und amerikanischer Streitkräfte kommt? Ich bezweifle es. Seit zwanzig Jahren haben alle Europäer die Wahrheit eines echt französischen Ausspruch begriffen — „Nichts ist dauerhafter als das Provisorium“. Der französische Skeptiker würde noch hinzufügen, auch das Provisorium ist nur dann dauerhaft, wenn Tag für Tag behauptet wird, es könne nicht dauern.

Polyzentrismus hat Spannungen in Europa vermindert

Wie dem auch sei, der Polyzentrismus in Europa hat immer dazu beigetragen, die Spannungen der Gegenwart zu mindern und die Hoffnung auf eine echte Befriedung zu wecken. Seit der Kuba-Krise im Herbst 1962 und der sowjetischen Akzeptierung des Status quo in Berlin tun die Westeuropäer nicht einmal mehr so, als fürchteten sie eine sowjetische Aggression. Auseinandersetzungen über nukleare Strategie haben ihre Bösartigkeit verloren und füllen nicht mehr die erste Seite der Zeitungen. Jedermann glaubt sozusagen intuitiv, daß die Sowjetunion, in Asien durch die territorialen Ansprüche und ideologischen Präntionen der Chinesen bedroht, kein anderes Ziel hat, als die Sicherheit ihrer westlichen Grenzen aufrechtzuerhalten.

In der Dritten Welt, besonders in Asien, hat der Polyzentrismus genau die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Weder der Krieg in Vietnam noch der Krieg zwischen Indien und Pakistan ist von China provoziert worden. Kein chinesischer Soldat hat daran teilgenommen. Aber der erste dieser Kriege würde nicht so lange dauern und der zweite wäre nicht ausgebrochen, wenn die chinesische Außenpolitik anders gewesen wäre, als sie ist — heftig, wenn sie vom „amerikanischen Imperialismus“ spricht, geschickt, wenn sie sich der diplomatischen Mittel und nicht der Gewalt bedient, sich auf die Seite Pakistans stellt und Indien demütigt, um den Streit um Kaschmir zu verschärfen.

Ganz Südost-Asien droht das Chaos, weil an die Stelle der von den Großmächten garantierten Ordnung von gestern keine neue stabile Ordnung getreten ist. Dort wo die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sich unmittelbar gegenüberstehen, hat diese „zweigliedrige Hegemonie“ wenigstens eine scheinbare Ordnung hergestellt. Die Rivalität zwischen China und der Sowjetunion schürt örtliche Konflikte, ohne die kommunistisch-antikommunistische Konfrontation auszuschließen. Die beiden Großmächte stehen einander nicht mehr feindlich genug gegenüber, um ihren jeweiligen Verbündeten eine Art von Disziplin aufzuzwingen, aber ihre Interessen gehen auf vielen Gebieten immer noch zu weit auseinander, als daß sie in Südostasien oder sonstwo gemeinsam herrschen könnten. Vom militärischen Standpunkt aus gesehen ist das außenpolitische System immer noch bipolar, aber die militärischen Möglichkeiten der beiden Weltmächte sind bedeutend größer als ihre Fähigkeit, etwas mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Je mehr die Zahl der kleinen Kriege wächst, um so mehr nimmt die Angst vor einem großen Krieg ab. Diese Welt von wachsender Kompliziertheit verspricht für den analysierenden Theoretiker ein Paradies und für den Staatsmann eine Hölle zu werden. In ihr wird der Theoretiker seinen Einfallsreichtum zur Schau stellen und der Staatsmann die Grenzen seiner Macht erkennen.

Amerikas globales Engagement

Wenn sich die Vereinigten Staaten aus der Weltpolitik zurückzögen

Es ist noch nicht viele Jahre her, da wurde Amerika heftig kritisiert, weil es traditionell eine isolationistische Politik verfolge. Diese Politik sei kurzsichtig und unmoralisch, so hieß es; kurzsichtig, weil es für Amerika von lebenswichtiger Bedeutung sei, wer Europa oder Asien beherrsche, und unmoralisch angesichts der Bedrohung der westlichen Werte durch die totalitären Mächte.

Seit damals ist die Welt viel kleiner und unruhiger geworden, während die Macht Amerikas und sein weltpolitisches Engagement ungeheuer gewachsen sind. Es entbehrt daher nicht eines ironischen Beigeschmacks, daß heutzutage der amerikanischen Außenpolitik von einheimischen wie ausländischen Kritikern hauptsächlich vorgeworfen wird, sie sei zu „globalistisch“ geworden und die politischen Führer der USA seien zu sehr geneigt, in dem heutigen Weltkonflikt eine Auseinandersetzung um bestimmte fundamentale Werte zu sehen. Der politische Realismus verlange, so hört man oft, daß Amerika die Grenzen seiner Macht erkenne, daß es in Europa ein Disengagement und ein gaullistisches „europäisches Europa“ akzeptiere und daß es sich in Asien mit der Vorherrschaft Chinas abfinde, die nun einmal unvermeidlich sei.

Es dürfte nützlich sein, einmal kurz darüber nachzudenken, was geschehen würde, wenn Washington jetzt zu solch einer isolationistischen Haltung zurückkehrte. Was wäre die Wirkung auf Indien, wenn die Vereinigten Staaten „die Tatsache“ der chinesischen Vorherrschaft in Asien hinnähmen, und sei es nur stillschweigend? Könnte das nicht für die Chinesen eine Versuchung sein, ihren Erfolg von 1962 zu wiederholen und dadurch ein schon geschwächtes Indien weiter zu unterminieren? Was würden die Japaner tun, wenn sie sich überzeugen müßten, daß die amerikanische Macht nicht mehr zu ihrem Schutz zu Gebote stünde und daß Amerika die Vormachtstellung in Asien, die es Japan immer verweigert hatte, jetzt China überlassen hätte? Wie würden die Deutschen reagieren, wenn sie feststellten, daß die Disengagement-Politik die offizielle Linie Washingtons geworden wäre und daß die Europäer nunmehr auf eigene Faust versuchen müßten, das Problem der europäischen Teilung und ihres Verhältnisses zu dem mäch-

tigen Nachbarn im Osten zu lösen? Es ist eine schlichte Tatsache, daß es an vielen Stellen der Welt alteingefressene Animositäten zwischen Nachbarn gibt, die sich sehr schnell in feindseligen Aktionen Luft machen würden, wäre nicht die Einsicht, daß eine äußere Gewalt eingreifen und örtliche Konflikte ersticken oder eindämmen würde¹⁾.

Es könnte eingewandt werden, daß unser Überblick ungenau sei und den neo-isolationistischen Kritikern des amerikanischen globalen Engagements der Nachkriegszeit nicht gerecht werde. Diese Kritiker könnten sagen, sie beanstandeten ja nicht, daß Amerika seine Macht zum Schutz anderer einsetze, sondern daß es dazu neige, seinen Schützlingen die Politik zu diktieren und die amerikanische Macht in nutzlosen Engagements zu verzetteln. Weiter könnten sie argumentieren, daß die Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens bei den Vereinten Nationen liege und daß man es dieser Organisation überlassen müsse, die beschwerliche Aufgabe der Friedenssicherung auf sich zu nehmen.

Leider ist es in der Ära des Kalten Krieges eine nackte Tatsache, daß die Vereinten Nationen so gut wie gar nichts auszurichten vermögen, wenn die Interessen der Großmächte kollidieren. Das hat sich in den Nachkriegsjahren wiederholt gezeigt: in Berlin, Ungarn, Kuba usw. Daher stehen die Vereinigten Staaten in bestimmten Augenblicken auch heute vor der gleichen Wahl wie 1940 in Europa, 1950 in Korea und 1960 in Berlin oder Vietnam: entweder müssen sie sich der Einmischung enthalten und passiv zusehen, wie andere den Verlauf der Dinge bestimmen, oder sie müssen ihre Macht einsetzen und sich an dem schmutzigen Geschäft der Weltpolitik beteiligen.

Der Einsatz ökonomischer und politischer Macht bringt die Möglichkeit mit sich, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Setzt umgekehrt Amerika Macht ein ohne einen

¹⁾ In Parenthese kann man hinzufügen, daß die Sowjetunion die gleiche zügelnde Funktion ausübt, aber nur in unmittelbar an sie angrenzenden Gebieten: Die ungarisch-rumänischen, bulgarisch-jugoslawischen und polnisch-deutschen Streitigkeiten werden sicherlich durch die Anwesenheit und Verfügbarkeit der Sowjetmacht gedämpft.

entsprechenden Betrag politischer Initiative — sei es beim Aufbau eines neuen Europa, sei es bei der Einleitung einer nicht-totalitären Modernisierung in Asien —, so belastet es damit seine eigene Zukunft. Es ist deshalb undenkbar, daß die Vereinigten Staaten anderen Ländern einen Blankoscheck zur Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik ausstellen könnten oder sollten — bloß, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sie diktierten anderen die Politik.

Schließlich steht es auch nicht immer völlig im Belieben Amerikas, ob es seine Macht ein-

setzt oder nicht. Viele globale Krisen entzündeten sich nicht von selbst aus örtlichen Streitigkeiten, sondern werden von Mächten, die ein Interesse an der Schaffung explosiver Situationen haben, ausgenutzt oder gar geschürt. Daher ist damit zu rechnen, daß die amerikanische Macht gerade in solchen Weltgegenden herausgefordert wird, wo sie am meisten exponiert ist und ihre technische Überlegenheit am wenigsten ins Gewicht fällt. Das „Minimax“-Prinzip ist ja eine alte Kriegslist im politischen Kampf.

Die Konzeption der Einflußsphären ist überholt

In letzter Zeit ist es wieder Mode geworden, von Einflußsphären zu sprechen. Vor allem de Gaulle hat dem Begriff zu neuem Ansehen verholfen und viele akademische Kritiker der gegenwärtigen amerikanischen und britischen Fernostpolitik sind ihm eifrig gefolgt. Ihr Zukunftsbild zeigt eine in regionale Einflußgebiete geteilte Welt: Die Vereinigten Staaten sind die Vormacht in der westlichen Hemisphäre, ein „europäisches Europa“ irgendwo in Europa, China in Asien und Rußland in dem verbleibenden Teil Eurasiens. Mitunter wird dieses Bild sogar als die bestehende Wirklichkeit hingestellt, aus der unsere politischen Führer die „richtigen“ Schlußfolgerungen ziehen sollten²⁾.

Es ist zweifelhaft, ob im 20. Jahrhundert nach diesem sehr traditionellen und statischen

Konzept eine vernünftige Politik möglich ist. Seine Anwendung auf Asien würde gerade den Zustand herbeiführen, den seine Verfechter als unvermeidliche Zukunft voraussagen. Eben deshalb beobachten heute die Inder, die Thailänder und die anderen Nachbarn Chinas sehr genau, wie der Westen auf die chinesische Herausforderung reagiert. Mit dem traditionellen Einflußsphären-Konzept kommt man in einer Welt, in der rapide Veränderungen und sich vermutlich noch verschärfende Konflikte den Frieden bedrohen, nicht weiter.

Auch wenn es China gelingen sollte, seine revolutionäre Führerstellung zu festigen und Gewalt, Radikalismus, Feindschaft gegen den Westen, ja gegen die Weißen überhaupt zu schüren, so würde es dadurch noch nicht eine dominierende Macht in seiner eigenen Einflußsphäre im hergebrachten Sinne werden. Es wäre dann die treibende Kraft und das führende Zentrum einer quer durch Völker und Kontinente hindurchgehenden revolutionären Bewegung, die von dem zum Teil selbstgeschaffenen internationalen Chaos profitieren und vielleicht auch eine negative Rückwirkung auf die Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ausüben würde.

Die in letzter Zeit an der amerikanischen Außenpolitik geübte Kritik ist in hohem Grade wirklichkeitsfremd und die Analyse, von der sie ausgeht, sehr unzulänglich. Daher förderte denn auch die jüngste Debatte über Präsident Johnsons Außenpolitik keine praktische Alternative zur jetzigen Politik und keine neuen Leitsätze für das weltpolitische Engagement Amerikas zutage. Was fehlte, war Verständnis für die Dynamik unserer Zeit und ein klarer Begriff von den historisch relevanten politischen Zielen des Westens.

²⁾ „Die chinesische Vorherrschaft in Asien ist ebensosehr eine Tatsache wie die amerikanische Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre, und unsere Versuche, die chinesische Vorherrschaft in Asien durch lokale militärische Operationen einzudämmen, ist ungefähr ebenso vernünftig, als wollte China die amerikanische Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre dadurch eindämmen, daß es dem einen oder anderen lateinamerikanischen Land mit militärischen Kräften zu Hilfe eilte.“ (Hans Morgenthau, *War with China*, in: *The New Republic*, 3. April 1965.) So etwas wird über einen Kontinent gesagt, zu dem Japan und Indien gehören: Japan, dessen Wirtschaft unvergleichlich fortgeschrittener ist als die chinesische und die ihm gestattet würde, binnen weniger Jahre wieder eine moderne Militärmacht zu werden; und das ungeheuer volkreiche Indien, dessen wirtschaftliche Fortschritte denen Chinas mindestens gleichwertig sind. (Vgl. D. Wilson, *The Tortoise and the Hare*, in: *Far Eastern Economic Review*, 8. April 1965.) Der Vergleich mit den Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre (die Parallele wird wie eine feststehende Tatsache behandelt) ist besonders schlecht gewählt. Zwischen den USA und den anderen Ländern der Hemisphäre besteht ein ungeheurer Machtunterschied; er besteht übrigens auch zwischen den USA und China. Damit wird das zitierte Argument in allen Punkten hinfällig.

Drei weltpolitische Ziele der Vereinigten Staaten

Die amerikanisch-sowjetische Konfrontation nach 1945 erzeugte zeitweilig die Illusion einer neuen internationalen Stabilität. Zwei Weltblöcke, durch das nukleare Patt bewegungsunfähig gemacht, standen sich in scheinbarem Mächtegleichgewicht gegenüber und verringerten damit die Gefahr eines neuen Weltbrandes. Dieser bipolare Zustand schwindet jedoch schnell dahin. Die beiden Blöcke lösen sich allmählich auf und an die Stelle des nuklearen Patts tritt die nukleare Streuung, so daß sich bald Massenvernichtungswaffen in den Händen höchst unstabiler, sprunghafter und wenig verantwortungsbewußter Eliten befinden werden. Ein Teil der kommunistischen Welt, dem seine wirtschaftliche und militärische Schwäche keine andere Rolle erlaubt, fördert zugleich in den weniger entwickelten Gebieten der Welt Revolutionen und Guerrillakriege. Er hofft damit auch die sowjetisch-amerikanische Feindschaft zu verschärfen und die allmählich schwindende revolutionäre Kampf Stimmung der Sowjetunion, die durch das Trauma der Kuba-Krise von 1962 schwer angeschlagen ist, neu zu beleben.

Unter diesen Umständen kann es nicht das Ziel der amerikanischen Außenpolitik sein, einfach die revolutionäre Bewegung niederzuwerfen oder eine Art amerikanisch-sowjetisches Kondominium zu schaffen. Das erste zu versuchen, hieße alles verleugnen, was die amerikanische Revolution traditionell für die übrige Welt bedeutet. Amerika kann sich auch nicht einfach aus dem revolutionären Zeitalter ausschließen; es würde damit die Zukunft den kommunistischen Staaten überlassen. Wenn Amerika das zweite erstrebte, käme es unvermeidlich zu Rissen im westlichen Bündnis und die Sowjets erhielten zusätzliche Gelegenheiten, an der Spaltung des Westens zu arbeiten. Das wäre also auch keine stabile und konstruktive Lösung der anstehenden Probleme.

Das globale Engagement Amerikas muß drei grundlegende, miteinander verbundene Ziele haben:

1. Das Gefühl der Einheit zwischen Amerika und den westeuropäischen Staaten muß gewahrt und die institutionelle Interdependenz Europas gefördert werden; andernfalls kann es leicht geschehen, daß Europa zu den labilen Zuständen zurückkehrt, die zu zwei Weltkriegen und dem politischen Selbstmord Europas führten.

2. Es ist darauf hinzuwirken, daß sich die entwickelteren Länder der Welt zu einer lokaleren Gemeinschaft zusammenschließen, der nicht nur Japan, sondern auch die meisten kommunistischen Staaten Europas angehören. Die bestehenden Konflikte zwischen den entwickelten Ländern könnten auf diese Weise allmählich der Zusammenarbeit Platz machen, besonders im Hinblick auf die Dritte Welt. Die Bereitschaft der sowjetischen Führer, an dieser Zusammenarbeit teilzunehmen, wird in dem Maße wachsen, wie sie einsehen, daß die Einheit des Westens zwar der kommunistischen Expansion einen Riegel vorschiebt, aber keine feindselige Bedrohung der bestehenden kommunistischen Staaten darstellt, während das zunehmende Chaos in der Dritten Welt, durch die Spannungen innerhalb der entwickelten Welt und durch die Chinesen gefördert, entweder Amerika und Rußland in einen von beiden nicht gewünschten Konflikt treiben oder neue politische Systeme gebären könnte, die Peking in seiner Kampagne gegen Moskau unterstützen würden.

3. Es sind derartige internationale Bedingungen zu schaffen, daß die revolutionären Veränderungen, die sich in vielen Ländern vollziehen, in konstruktive Bahnen gelenkt werden und daß der Modernisierungs- und Entwicklungsprozeß nicht von kommunistischen Eliten usurpiert wird, denen die militanteren kommunistischen Staaten mit der Strategie der „nationalen Befreiungskriege“ Beistand leisten.

Wenn nicht alle drei Ziele verfolgt und schließlich erreicht werden, ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Welt rasch in ein internationales Chaos versinkt, das durch die Streuung der Kernwaffen nur desto verhängnisvoller sein wird. Solch ein Chaos ist gewiß nicht dadurch abzuwenden, daß sich das reichste und mächtigste Land der Welt nach und nach aus der Weltpolitik zurückzieht, daß es davor zurückschreckt, seine Militärmacht in Gebieten einzusetzen, wo die örtlich vorhandene Macht nicht ausreicht, der Gewaltanwendung, dem Terrorismus und der Guerrillataktik der Kommunisten wirksam zu begegnen, die oft eigens deshalb zu solchen Methoden greifen, um die positiven Wirkungen der westlichen Wirtschaftshilfe aufzuheben. Man darf nie vergessen, daß die radikale Fraktion der kommunistischen Weltbewegung

nur dann Erfolge erzielen kann, wenn es ihr gelingt, auf die sowjetische Haltung einzuwirken. Ein Aufstieg der revolutionären Erwartungen bei den Sowjets würde automatisch

die Chancen dafür verringern, daß der Kalte Krieg zwischen jenen Ländern, die vor allem anderen westlich und entwickelt sind, ein Ende nimmt.

Ziel der Entspannung ist internationale Stabilität

Das Streben nach Weltordnung kann also an bestimmten Stellen zu bestimmten Zeiten den Gebrauch von Gewalt erfordern. Eine erfolgreiche Politik friedlicher Verständigung mit einigen kommunistischen Staaten schließt nicht aus, daß die Gewaltanwendung anderer kommunistischer Staaten energisch beantwortet wird. Einige Kritiker haben in diesem Zusammenhang argumentiert, solcher aktive Widerstand könne zur Wiederherstellung der chinesisch-sowjetischen Freundschaft oder zum Abbruch der amerikanisch-sowjetischen Entspannung beitragen³⁾. Dabei wird jedoch offensichtlich vergessen, daß vom westlichen Standpunkt aus der chinesisch-sowjetische Streit und die amerikanisch-sowjetische Entspannung nicht Selbstzweck sind, sondern in erster Linie Mittel zur Erreichung größerer Ziele.

Für den Westen besteht der positive Wert des sowjetisch-chinesischen Streits darin, daß er die gewaltsame Expansion der kommunistischen Welt hemmt, die Fähigkeit der Kommunisten, Unruhe zu stiften, verringert und zum Abbau der revolutionären Mystik bei den sowjetischen Führern beiträgt, die dadurch geneigter werden, in einer stabilen Welt einen Vorteil für sich zu sehen. Tatsächlich ist ja der Streit vor allem deswegen entstanden, weil die Sowjets zu der Überzeugung gelangten, daß eine Mäßigung ihres bisherigen militanten Auftretens an der Zeit sei und weil sie die Chinesen warnend darauf hinwiesen, daß direkter Druck nicht zur Expansion des Kommunismus führen werde, wohl aber eine gefährliche militärische Konfrontation mit dem Westen herausbeschwören könne.

Es wäre daher unvernünftig, den radikaleren kommunistischen Staaten das zu gewähren, was wir den Sowjets in der Vergangenheit verweigert haben — bloß um den sowjetisch-chinesischen Konflikt in Gang zu halten. Denn der Erfolg der kommunistischen Radikalen würde auf die Sowjets ansteckend wirken und

die kommunistische Einheit würde nicht wegen unseres Widerstands, sondern gerade wegen des Fehlens von Widerstand wiederhergestellt werden.

Ebenso ist die amerikanisch-sowjetische Entspannung zu begrüßen, wenn sie die Interessen unserer westlichen Verbündeten nicht beeinträchtigt — denn sonst könnte sie eine spaltende Wirkung haben, die Moskau ausnutzen könnte, was die ganze Entspannung zunichte machen würde — und wenn sie nicht erfordert, daß im Osten einem Druck nachgegeben werden muß, dem im Westen erfolgreich widerstanden worden ist. Man darf nämlich nicht vergessen, daß dieser erfolgreiche Widerstand erst die Grundlage für die Entspannung geschaffen hat — trotz der apokalyptischen Prophezeiungen prominenter „realistischer Neo-Isolationisten“, die bei jeder Berlin-Krise eine Politik der Zugeständnisse empfahlen.

Die Bedeutung und Wünschbarkeit einer Entspannung ermißt sich daran, wieviel sie zur internationalen Stabilität beiträgt, d. h. zur Anerkennung des Grundsatzes: In einer Zeit, wo sich rasche soziale Wandlungen vollziehen und Waffen von unermeßlicher Zerstörungskraft verfügbar sind, darf keine Großmacht versuchen, qualitative politische Veränderungen auf Kosten der Interessen einer anderen Großmacht *gewaltsam herbeizuführen*. Die Vereinigten Staaten haben diesen Grundsatz während der ungarischen Revolution von 1956 stillschweigend anerkannt; der Sowjetunion wurde er während der Kuba-Krise von 1962 eingeprägt; und der chinesisch-sowjetische Konflikt hat sich gerade deswegen zugespitzt, weil die Sowjetunion die Lektion zugerzigt. Deshalb ist es so wichtig, daß der Westen und besonders Amerika seine Interessen unzweideutig klarstellt und sie ebenso unzweideutig behauptet, auch auf die scheinbare Gefahr militärischer Auseinandersetzungen.

Noch leben wir im Zeitalter der Waffen, wenn wir auch immer stärker von dem Wunsch be-seelt sind, sie nicht zu gebrauchen. Aber die Furcht, sie zu gebrauchen, beruht auf den Folgen ihres Gebrauchs, nicht auf einseitiger Enthaltung. Es ist deshalb nicht ein Beitrag zum Frieden, sondern zum Krieg, wenn man dem

³⁾ Das war das Grundmotiv der Leitartikel der *New York Times* im Februar und März 1965, in denen Präsident Johnsons Vietnam-Politik scharf verurteilt wurde. Das gleiche Argument gebrauchten viele seiner Kritiker in Protestversammlungen an Universitäten.

Westen empfiehlt, angesichts militärischer Pressionen des Ostens Zugeständnisse zu machen. Man darf dem Westen nicht raten, etwas zu tun, was wir von der anderen Seite gar nicht erwarten: nämlich um der angeblichen Sache des Friedens oder der amerikanisch-sowjetischen Entspannung willen Konzessionen zu machen — und zwar einfach deshalb, weil sich die andere Seite entschließt, einige sich ihr bietende politische und soziale Gelegenheiten militärisch auszunutzen.

Es ist auch zu bedenken, daß Möglichkeiten, als internationaler Störenfried aufzutreten,

nicht nur einer Seite offenstehen. Der Westen könnte versuchen, Unruhe in Osteuropa zu schüren, Sabotageakte gegen die Berliner Mauer zu organisieren, eine Partisanenbewegung in Kuba oder einen nationalen Befreiungskrieg in Tibet zu fördern. Es ist zweifelhaft, ob die westlichen Kritiker, die sich so heftig gegen westliche Reaktionen auf Pressionen in Berlin oder Vietnam wenden — Pressionen, die den politischen Status quo ändern sollen! —, ob diese Kritiker in solch einem Fall den Sowjets ebenso dringend nahelegen würden, der amerikanisch-sowjetischen Entspannung zuliebe nachzugeben.

Wann soll der Westen einer kommunistischen Herausforderung entgegentreten?

Für die Vereinigten Staaten — zunehmend unterstützt, wie man hoffen darf, von den geübten westeuropäischen Ländern und Japan — wird es nicht leicht sein, in der Dritten Welt hinlänglich stabile Bedingungen zu schaffen, so daß die freigesetzten Energien und die rapide steigenden sozialen Erwartungen der kürzlich befreiten und politisch aktivierten Völker in konstruktive Bahnen gelenkt werden. Das Eingreifen des Westens und besonders Amerikas muß zielbewußt und selektiv sein. Es hieße die Mittel des Westens verschwenden und verzetteln, wollte man auf jede radikale kommunistische Herausforderung automatisch und unterschiedslos reagieren. Selbst ein begrenzter Einsatz muß unter der Voraussetzung erfolgen, daß er sich mit der Zeit zu einer großen Verpflichtung auswachsen kann — und dementsprechend ist im voraus abzuschätzen, ob die auf dem Spiele stehenden Interessen einen solchen Einsatz rechtfertigen.

Die Entscheidungskriterien werden natürlich wechseln, aber manche Kriterien führen mehr in die Irre als andere. Der alte Begriff der strategischen Wichtigkeit hilft im allgemeinen wahrscheinlich nicht weiter. Korea war 1950 gewiß strategisch wichtig für die Sicherheit Japans; Laos 1960 für die Sicherheit Thailands oder Süd-Vietnams; Süd-Vietnam für ganz Südostasien; Südostasien für Indien; Kuba für das Karibische Meer, usw. Mit anderen Worten: In einer politischen Konfrontation von globalen Ausmaßen ist fast jedes Gebiet strategisch wichtig. Das bedeutet einfach, daß die politische Entscheidung, ein Gebiet zu verteidigen — es also zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen —, jedem Gebiet automatisch strategische Bedeutung

verleiht. Und damit sind wir wieder bei der Frage: Auf welchen Kriterien soll die politische Entscheidung beruhen?

Mehrere innere und äußere Faktoren müssen vorliegen, um einen anhaltenden Einsatz des Westens zur Entwicklung eines rückständigen Landes und zu seiner Verteidigung gegen den kommunistischen „nationalen Befreiungskampf“ zu rechtfertigen. Natürlich muß an Ort und Stelle selbst eine gewisse Entschlossenheit, das Land zu modernisieren und zu verteidigen, vorhanden sein; ebenso einige Naturschätze, die einen wirtschaftlichen „Start“ ermöglichen, wie es in Taiwan der Fall war. Außerdem muß erwogen werden, wie eine mögliche kommunistische Machtübernahme auf die Außenwelt wirken würde. Man könnte nämlich argumentieren, daß es in mancher Hinsicht beinahe ein Segen wäre, wenn hin und wieder ein Land, das weder den Willen noch die Mittel hat, seinen Fortschritt zu fördern, dem Kommunismus anheimfiele.

Entgegen weitverbreiteten Mythen sind die kommunistischen Methoden der Industrialisierung weder besonders wirkungsvoll noch gewährleisten sie ein besonders hohes Tempo. In einigen Ländern, wo die Voraussetzungen für Industrialisierung und Modernisierung gegeben waren, hat der Kommunismus recht gute Erfolge erzielt. Aber im großen und ganzen sind die Wachstumsraten kommunistischer Länder nicht wesentlich höher als die mancher nichtkommunistischer Länder oder einiger kommunistischer Länder vor der kommunistischen Machtübernahme. In einigen kommunistischen Staaten hat die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zuzeiten sogar stagniert. Wenn gelegentlich ein rückständiges,

verarmtes Land, das unfähig ist, sich vorwärts zu bewegen, kommunistisch wird und dadurch die Dynamik und soziale Anziehungskraft des Kommunismus überhaupt mindert, so mag das besser sein, als wenn der Westen und insbesondere Amerika den Kommunismus unterschiedslos an allen Fronten gleichzeitig zu bekämpfen sucht.

Man darf jedoch nie die Tatsache aus den Augen verlieren, daß Macht auch eine psychologische Dimension hat. Die Zurücknahme einer einmal eingegangenen Verpflichtung unter Druck ist viel schlimmer als eine kommunistische Machtübernahme in einem Land ohne amerikanische Verpflichtung. Niemand kennt die Zukunft, aber manche sind überzeugt, daß sie dem Kommunismus gehöre. Diese Ansicht ist nur zu widerlegen, wenn diejenigen Länder, die eine geschlossene Gesellschaft und einen kommunistischen Entwicklungsgang bewußt ablehnen, wirkliche Fortschritte machen und wenn sie ihre Entwicklung trotz ständiger kommunistischer Störversuche in außen- und innenpolitischer Sicherheit vor-

antreiben können. Der Koreakrieg hat gezeigt, daß sich direkte Invasion nicht auszahlt. Die Konfrontationen in Berlin und Kuba haben dargetan, daß nuklearer Druck unzulässig ist, wenn die Lebensinteressen anderer Mächte berührt werden. Der Krieg in Vietnam beweist, daß sich „nationale Befreiungskämpfe“ praktisch zu lokalen Kriegen steigern und daß (zum erstenmal in der Geschichte des staatlich organisierten Kommunismus) der kommunistische „Paten“staat nicht ungeschoren davorkommt. Je weniger internationale Gewaltanwendung ungestraft bleibt, desto mehr wird internationale Zusammenarbeit zunehmen. Es ist zu hoffen, daß eines Tages auch gewichtige Streitfragen friedlich in den Vereinten Nationen entschieden werden; aber im Augenblick wäre es bloßes Wunschdenken, in absehbarer Zeit eine merkliche Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu erwarten. Bestenfalls kann man ein Patt erhoffen, aus dem dann langsam die beiderseitige Bereitschaft reift, die Ansichten und Interessen des anderen und Wege zur Verständigung zu erkunden.

Gefahr einer neuen Balkanisierung Europas

Da unser Ziel die Schaffung einer stabilen Welt ist, in der die soziale und technische Revolution unserer Zeit sich entfalten kann, darf die westliche Politik nicht den Charakter eines antikommunistischen Kreuzzugs haben. In Europa ist genau das Gegenteil nötig. Dem Bemühen um dauerhafte und immer kräftiger werdende Bande zwischen den westlichen Nationen kann es nur zugute kommen, wenn gleichzeitig versucht wird, eine größere Gemeinschaft der entwickelten Länder einschließlich der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten zu schaffen. Dieser Versuch sollte auch dann fortgesetzt werden, wenn in Asien oder anderswo die Spannungen zunehmen; denn es ist wichtig, daß einige der kommunistischen Staaten in einem friedlichen Verhältnis zum Westen klare Vorteile für sich erkennen.

Die Politik des friedlichen Ubereinkommens mag teilweise ein Abgehen von hergebrachten Denkweisen erfordern, wie sie in der Phase des akuten Kalten Krieges in Europa Wurzel gefaßt haben, als sich Westeuropa in hohem Grade abhängig von Amerika fühlte. Heute, mehr als zwanzig Jahre nach Kriegsende, besteht diese Unsicherheit nicht mehr und der Kalte Krieg ist nicht mehr so akut. Deshalb ist es wichtig, dem atlantischen Bündnis ein

neues Zielbewußtsein zu geben. Das kann aber nur geschehen, indem größere Ziele gesteckt und weitere Horizonte eröffnet werden. Eine Konzeption, die bestehende europäische Teilung durch Förderung multilateraler Bindungen mit den europäischen kommunistischen Staaten friedlich zu beenden, würde wahrscheinlich Großbritannien und Skandinavien ermuntern, auch ihrerseits eine engere Bindung zum Kontinent zu suchen, und das käme wiederum der europäischen Zusammenarbeit und Integration zugute, die seit 1945 erstrebt wird. Eine solche umfassendere Politik ist um so dringender nötig, als die gegenwärtigen Tendenzen in West- wie in Osteuropa die Gefahr einer neuen Balkanisierung Europas und damit einer Erschlaffung des amerikanischen Verhältnisses zu Europa heraufbeschwören.

Die im Westen zutage getretenen Risse sind Ausdruck des Gefühls vieler Europäer, daß ein bloßes Defensivbündnis mit Amerika gegen einen möglichen sowjetischen Angriff nicht mehr das dringendste Bedürfnis der Zeit ist, daß es vielmehr die Spaltung Europas verewigen hilft. Diese Spaltung, so meint de Gaulle, kann nur von den Europäern selbst überwunden werden. Die amerikanische Politik hat ungewollt dazu beigetragen, diesen

Eindruck zu verstärken. Sie legte den Akzent so stark auf die atlantische Gemeinschaft, daß sie an aktiven Schritten zur Beendigung der Spaltung Europas nur ganz beiläufig interessiert erschien. Damit überließ sie de Gaulle das Feld und verstärkte bei den Deutschen die Unzufriedenheit mit der sich auf bloße Deklamationen beschränkenden westlichen Wiedervereinigungspolitik. Der Gaullismus zog ursprünglich viele Deutsche an, weil sie in ihm den Beginn einer kraftvollen westlichen Politik gegenüber dem Osten sahen.

Ansätze für eine Zusammenarbeit West- und Osteuropas

Noch wichtiger ist, daß starke Zweifel bestehen, ob ein „europäisches Europa“ wirklich zu einer Verminderung des internationalen Chaos beitragen könnte. Eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. Ein von Amerika geschiedenes Europa hätte nicht die ökonomischen Mittel, um an den Osten heranzutreten; es könnte seine eigene Sicherheit nicht garantieren, und es könnte im Eventualfall auch kein Gegengewicht zu einem wiedervereinigten Deutschland bieten. Solch ein balkanisierendes Europa könnte entweder ein neutralistischer Nachbar der Sowjetunion sein, der von Moskaus gutem Willen abhängig wäre, oder es könnte sogar erleben, wie die Russen sich bemühen, durch eine russisch-deutsche Übereinkunft das Schicksal Europas zu besiegeln. Es ist nicht recht einzusehen, daß dies im Interesse Frankreichs, Jugoslawiens, Polens oder auch Deutschlands selbst liegen sollte⁴⁾. Jedenfalls wäre es kein Schritt in Richtung auf internationale Stabilität. Vielmehr würde da-

⁴⁾ Eben aus diesem Grunde begrüßen nicht alle Osteuropäer die von den Sowjets geförderte Kampagne der osteuropäischen Regierungen zugunsten des „europäischen Europa“ de Gaulles. Einige warnen offen vor den Folgen, die diese Konzeption auf lange Sicht haben müsse, und setzen sich ausdrücklich für eine umfassendere amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit in Europa ein. Siehe dazu den äußerst interessanten Artikel von E. Osmanczyk, Vereinigtes Europa, vereinigt Deutschland, und was noch?, in: *Polityka*, Warschau, 5. Juni 1965. Osmanczyk wendet sich ausdrücklich gegen de Gaulles — von Moskau begünstigte — Idee eines Europas, das frei von amerikanischem Einfluß sein soll. Er argumentiert, daß die Anwesenheit sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Sowjetunion in Europa ein stabilisierender Faktor sei. „Europa kann nicht in der von General de Gaulle vorgeschlagenen Weise vereinigt werden: durch Schwächung der Position der USA in Westeuropa und der der UdSSR in Osteuropa.“ Osmanczyk fordert sodann verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten auf der Basis der bestehenden Trennungslinie.

Als diese pro-gaullistischen Deutschen später erkannten, daß die französischen Ziele andere waren, als sie angenommen hatten, kehrten sie in ihrer Mehrzahl nicht zur atlantischen Orientierung zurück, sondern wandten sich, von de Gaulles Nationalismus angesteckt, einer selbständigen deutschen Orientierung zu und propagierten deutsche Erkundungen in Moskau. All das zusammen hat die atlantischen Bindungen geschwächt, obwohl es keineswegs sicher ist, daß es die Herausbildung eines „europäischen Europa“ gefördert hat.

durch die Waagschale der Geschichte tief zugunsten Moskaus gesenkt.

Moskau selbst und noch mehr seine osteuropäischen Verbündeten werden mit der Zeit empfänglicher für eine westliche Politik, deren Ziel es ist, den europäischen Status quo Schritt für Schritt in die Anfänge der Zusammenarbeit überzuführen — vorausgesetzt, daß der Status quo nicht durch die Uneinigkeit oder mangelnde Festigkeit des Westens untergraben wird. Die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und das Wachsen der westlichen Einheit haben entscheidend dazu beigetragen, orthodoxe kommunistische Lehrmeinungen zu erschüttern und sowjetische Berechnungen über den Haufen zu werfen. Zudem hat sich die sowjetische Herrschaft über Osteuropa so gelockert, daß Moskau Schwierigkeiten hätte, osteuropäische Staaten an der Annahme vorteilhafter westlicher Angebote zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu hindern. Rumänien hat das bereits bewiesen. Angesichts der inneren Probleme der Sowjetunion und des vielleicht wachsenden chinesischen Drucks wird möglicherweise eines Tages der Kreml selbst den Wunsch haben, an dieser Zusammenarbeit zu partizipieren.

Freilich würde dies einen bedeutenden Wandel in der weltpolitischen Grundhaltung der Sowjets voraussetzen; aber innenpolitische Entwicklungen und äußere Fehlschläge, die der Ideologie zuwiderlaufen, bewirken tatsächlich einen allmählichen Richtungswechsel. Die sowjetische Durchbruchsstrategie, wie sie beim Berlin- und Kuba-Abenteuer angewandt wurde, hat versagt, und implizite haben das die Sowjetführer auch zugegeben. Die von Chruschtschow im Januar 1961 verkündete Doktrin des nationalen Befreiungskampfes, die im Sinne der Durchbruchsstrategie formuliert war, wurde nach dem Beginn der Ent-

spannung mit Amerika noch eine Weile weiterbefolgt. Offensichtlich erkannte Chruschtschow jedoch bald, daß beides zugleich nicht möglich war, und die Chinesen scheinen mit ihrem Vorwurf ganz recht zu haben, daß er bereit gewesen sei, den nationalen Befrei-

ungskampf zugunsten der Entspannung zu opfern. Chruschtschows Nachfolger dachten offenbar zunächst ebenfalls, daß die beiden Strategien miteinander vereinbar seien; doch im Sommer 1965 wurde ihnen klar, daß sie sich für eine von ihnen entscheiden müssen.

Schritte zu einer pluralistischen und stabilen Welt

Es würde Moskau die Entscheidung leichter machen (und die Folgen günstiger für den Weltfrieden), wenn die zur Wahl stehenden Möglichkeiten zugespitzt formuliert würden. Auf der einen Seite: Bekenntnis zum nationalen Befreiungskampf bedeutet Eskalation und örtliche Kriege, und zwar höchstwahrscheinlich in Weltgegenden, wo die politischen Nutznießer eines kommunistischen Sieges die Chinesen wären. Auf der anderen Seite: Entspannung bringt vorteilhafte Handelsbeziehungen zum Westen mit sich, und Moskau könnte sie vielleicht ideologisch rechtfertigen durch fortgesetzte, wenn auch zurückhaltendere Unterstützung verschiedener antiwestlicher Bestrebungen in den neuen Staaten sowie durch diplomatische Ausnutzung von Differenzen innerhalb des Westens. (Den zahlreichen von Arbeitslosigkeit bedrohten Doktrinären in Moskau dürfte es nicht schwerfallen, all das als eine wahrhaft revolutionäre leninistische Politik nachzuweisen.)

Die globale Wirkung jedoch wäre beiderseits zunehmende Zurückhaltung im Gebrauch von Gewalt und fortschreitende Verwandlung der Ost-West-Politik in ein Spiel, in dem beide Hauptpartner die gleichen Regeln befolgen, aber jeder seine eigene Punktrechnung führt. Wir würden kalkulieren: Wenn es gelingt, eine engere Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion herbeizuführen und gleichzeitig Widerstand gegen unverhüllte kommunistische Initiativen an anderen Stellen zu leisten, so ist dies ein Schritt vorwärts zu einer pluralistischen und zunehmend stabilen Welt. Die Kalkulation Moskaus

könnte lauten: Der Westen wird sich in endlose Konflikte verwickeln, während wir von der Zusammenarbeit mit ihm profitieren und unsere Weltposition verbessern. Internationale Zusammenarbeit kommt oft nur dadurch zustande, daß die beiden Seiten dabei entgegengesetzte Absichten verfolgen.

Um diesen Zustand herbeizuführen, werden mehrere Zwischenschritte notwendig sein, deren Ziel es ist, Osteuropa und die Sowjetunion in ein engeres Verhältnis zum Westen zu bringen und dadurch auch die Voraussetzungen für die Lösung des deutschen Problems zu schaffen. Verschiedene Maßnahmen werden notwendig sein, um den Osten wegen der bestehenden Gebiets- und Sicherheitsfragen zu beruhigen, desgleichen ernsthafte Schritte zur Entwicklung multilateraler wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen. Die Tage, wo rein bilaterale Wirtschaftsverbindungen mit kommunistischen Staaten für den Westen eindeutig einen politischen Gewinn abwarfen, sind vorüber. Heute suchen selbst die unbeweglichsten kommunistischen Staaten solche Kontakte, und Moskau sieht darin kein Überlaufen zum Westen. Nur ausgedehnte multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit kann ein dauerhaftes Gefüge internationaler Stabilität entstehen lassen. Deshalb kommt jetzt die Zeit heran, dem Osten großzügige Vorschläge für einen gesamteuropäischen Plan der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu unterbreiten. Sein Zweck müßte es sein, die bestehenden Grenzen zu überschneiden und den Prozeß konstruktiver Zusammenarbeit der entwickelten Länder einzuleiten.

Amerika muß die Führung übernehmen

Amerika wird wohl auch hier wieder die Initiative ergreifen müssen, da die Perspektive der Deutschen zwangsläufig enger ist, die Briten mehr zur Hinnahme des europäischen Status quo neigen und die Franzosen der Illusion vom „europäischen Europa“ anhängen. „Amerika muß Führer im atlantischen Bündnis sein; wenn es das nicht sein will, wird das Bündnis

in seiner jetzigen Form aufhören zu existieren. Als Führer muß es aber irgendwohin führen. Ohne solche Führung werden wirtschaftliche Ressentiments, die trüben Instinkte des Nationalismus und die aus einer Zeit vergangener Größe ererbten Emotionen Europa zu ihrem Spielball machen.“ (Economist, 6. März 1965.)

Mit diesem „irgendwohin“ sind deutlich zwei miteinander verbundene Ziele gemeint: weitere Förderung der atlantischen Einheit und gleichzeitig eine große Initiative zur Herstellung eines neuen Verhältnisses zur Sowjetunion, durch das der „Bürgerkrieg“ zwischen den entwickelten und in der Hauptsache europäischen Nationen ein Ende findet. In Asien und anderwärts besteht die Aufgabe darin, internationale Stabilität zu schaffen, damit die revolutionären Erwartungen von Millionen

benachteiligter Menschen durch die konstruktive Zusammenarbeit der entwickelten Länder — darunter auch einiger kommunistischer — unter friedlichen Bedingungen erfüllt werden können. Keines der beiden Ziele ist über Nacht zu erreichen, aber ohne bewußtes Streben wird überhaupt keines erreicht werden. Die Wahl, vor der Amerika steht, lautet ganz einfach: globales Engagement oder internationales Chaos.